

Wolfgang Zellner

Zur Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes. Vergleichende Fallstudien zur Umsetzung der Empfehlungen des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) der OSZE

Ein Forschungsprojekt des IFSH

Heft 111
Hamburg, Dezember 1998

Inhalt

Vorwort	5
1. Zusammenfassung	7
2. Stand der Forschung, Vorarbeiten am IFSH	7
2.1 Stand der Forschung	7
2.1.1 KSZE/OSZE	8
2.1.2 Regimeanalyse	13
2.1.3 Nationalismustheorien	19
2.1.4 Transformationstheorien	25
2.1.5 Interaktionsebenen und Mehrebenen-'Spiele'	29
2.2 Vorarbeiten am IFSH	31
3. Ziele und Arbeitsprogramm	35
3.1 Ziele	35
3.2 Arbeitsprogramm	40
3.2.1 Variablen auf der innenpolitischen Ebene	41
3.2.2 Hypothesen innerhalb von und zwischen Ebenen	44
3.2.3 Skizze für die theoretische Arbeit	52
3.2.4 Die empirische Umsetzung des Projekts	52
Literaturverzeichnis	57

Vorwort

Frühwarnung und Konfliktprävention haben im vergangenen Jahrzehnt zumindest in der politischen Rhetorik erheblich an Bedeutung gewonnen. Ein Blick in die Praxis führt jedoch schnell zu Ernüchterung: Wenige und häufig karg ausgestattete Initiativen, unzureichend entwickelte Instrumente und mangelnde Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren prägen das Bild. Vor diesem Hintergrund stellt der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM) der OSZE eines der entwickeltsten Instrumente für Frühwarnung und präventive Maßnahmen dar. Die Aktivitäten des Amtsinhabers Max van der Stoep werden von politischen Instanzen und in der wissenschaftlichen Literatur einhellig positiv bewertet. Was jedoch fehlt - und hier repräsentiert das Untersuchungsobjekt HKNM leider den allgemeinen Stand der Politikwissenschaft - ist eine theoretisch angeleitete und empirisch fundierte Analyse der Wirksamkeit des Präventionsinstrumentes Hoher Kommissar. Die hier skizzierte Untersuchung will beitragen, diese Forschungslücke zu schließen.

Für vielfältige Unterstützung und zahlreiche wertvolle Anregungen, Hinweise und Einwände möchte ich einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen am Institut sowie externen Kooperationspartnern danken. Zu nennen sind der ehemalige Direktor des European Centre for Minority Issues in Flensburg, Dr. Stefan Troebst, sowie Dr. Kinga Gál und Dr. Priit Järve, beide Mitarbeiter am ECMI, PD Dr. Hans-Henning Schröder vom Bundesinstitut für internationale und ostwissenschaftliche Studien in Köln, Dr. Ute Gabanyi, Dr. Gerhard Seewann und Dr. Kathrin Sitzler vom Südost-Institut in München und, *last not least*, Prof. Dr. Alice Ackermann von der University of Miami. Am IFSH möchte ich besonders dem Direktor, Prof. Dr. Dieter S. Lutz, danken, der das Projekt ermöglicht hat; ferner Susanne Bund, Klemens Büscher, M.A., Dr. Hans-Georg Ehrhart, PD Dr. Hans-Joachim Gießmann, Johannes Heiler, Dr. Sabine Jaberg, Dr. Margret Johannsen, Matthias Karádi, Dipl.-Pol., Dr. Anna Kreikemeyer, Dr. Erwin Müller, Dr. Götz Neuneck, Ursel Schlichting, M.A., Katja Storch, M.A. sowie Katrin Simhandl, die im Sommer 1997 ein Praktikum am IFSH absolvierte. Ganz besonders danken möchte ich Claudia Eicher, M.A., die nie müde wurde, immer neue Textfassungen zu diskutieren und darüber hinaus insbesondere im Bereich der Transformationstheorien Wichtiges beigesteuert hat.

Hamburg, Dezember 1998

W. Zellner

1. Zusammenfassung

In diesem Projekt soll die Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes anhand der Umsetzung der Empfehlungen des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der OSZE untersucht werden. Das *empirische Ziel* besteht darin, für den Zeitraum von 1993 bis 2000 in vergleichenden Fallstudien zu untersuchen, ob und in welchem Maße die Empfehlungen des Hohen Kommissars bezüglich russischer Minderheiten in Estland, Lettland und der Ukraine, ungarischer Minderheiten in Rumänien und der Slowakei und der albanischen Minderheit in Mazedonien in Gesetzgebung und Praxis umgesetzt worden sind. Das *theoretische Ziel* besteht darin, die unterschiedliche Umsetzung der Empfehlungen des Hohen Kommissars durch die Verknüpfung bisher weithin unverbundener Teiltheorien (Transformations- und Nationalismustheorien, Regimeanalyse) im Rahmen von Mehrebenen-'Spielen' zu erklären. Auf der Grundlage dieser empirischen und theoretischen Analysen sollen *Politikempfehlungen* mit dem Ziel eines besseren Verständnisses für die Möglichkeiten der präventiven Bearbeitung ethno-politischer Konfliktlagen bzw. einer Wirkungsoptimierung des OSZE-Minderheitenregimes formuliert werden.

2. Stand der Forschung, Vorarbeiten am IFSH

2.1 Stand der Forschung

Ziel dieses Abschnitts ist die Bereitstellung der Instrumente sowohl für die empirische Analyse als auch für die theoretische Reflexion. Das schließt Überlegungen hinsichtlich der Frage ein, auf welchen Ebenen die verschiedenen (Teil-)Theorien Erklärungskraft beanspruchen können und wie diese unterschiedlichen Handlungsebenen verbunden werden können.

Ein Projekt, das die Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes in mittel- und osteuropäischen Transformationsländern untersuchen will, muß den Forschungsstand über die KSZE/OSZE mit Erkenntnissen der Regimeanalyse sowie mit Transformations- und Nationalismustheorien verbinden. Diese Teiltheorien behandeln zwar durchaus denselben Gegenstand, aber aus verschiedenem Blickwinkel und für unterschiedliche Handlungsebenen. Das Kernthema der *Regimeanalyse* sind die Möglichkeiten und Grenzen *internationaler Kooperation*; sie hat sich mit der Frage der *innenpolitischen Umsetzung* einmal vereinbarter internationaler Regelwerke bislang schwergetan. Diese Fragestellung verschließt sich der Regimeanalyse überhaupt, so-

weit sie Staaten als unitäre Akteure betrachtet. Umgekehrt fällt es *Transformationstheorien*, die das Zusammenspiel innenpolitischer Strukturen und Akteure in den verschiedenen Phasen des Systemwechsels behandeln, meist schwer, die Verbindung zur internationalen Ebene herzustellen. Die neuere *Nationalismustheorie* hingegen stellt den Anspruch, die innenpolitische, inter- und transnationale Ebene integriert betrachten zu können.

2.1.1 KSZE/OSZE

Allgemeiner Forschungsstand. Aufgrund ihrer weitgehend veränderten Funktion und institutionellen Ausformung unterscheiden wir zwischen der 'alten' KSZE bis 1990 und der 'neuen' KSZE/OSZE: War jene eine Konferenzfolge zur kooperativen Entschärfung *einer* alle politischen Sektoren prägenden Konfliktlage, der Ost-West-Konfrontation, so hat sich die 'neue' KSZE/OSZE seit der Charta von Paris 1990 zu einer, wenn auch (noch) relativ schwachen Organisation entwickelt mit Instrumentarien vor allem auf den Gebieten Konfliktprävention, Krisenmanagement, Konfliktnachsorge und Rüstungskontrolle.

Ungeachtet dieser Unterschiede weist der Forschungsstand zur 'alten' KSZE und zur 'neuen' KSZE/OSZE gewisse Parallelen auf. Der Großteil der rund 6.000 Beiträge zur KSZE (Schlotter 1997: 7) besteht aus deskriptiven Arbeiten sowie Untersuchungen einzelner KSZE-Tätigkeitsfelder oder -Perioden, ohne daß dabei ein analyseleitender theoretischer Ansatz erkennbar wäre. Eine andere Gruppe von Beiträgen ist präskriptiv orientiert, beides tritt oftmals verbunden auf. Eine wichtige Autorengruppe besteht aus Teilnehmern der verschiedenen Konferenzen und Verhandlungen, dieses Literatursegment gibt "oft detaillierte Auskünfte über Interessenkonstellationen, Verhandlungstaktiken und Bargaining-Prozesse" (Schlotter 1997: 37). Dieser Befund über die KSZE kann auf die KSZE/OSZE seit 1990 übertragen werden: Auch hier stehen Analysen einzelner Ereignisse (z.B. Bloed 1994) bzw. Sektoren (z.B. Bloed/van Dijk 1991; Bloed/Leicht/Nowak/Rosas 1993) bzw. präskriptive Beiträge im Vordergrund; die informativsten stammen häufig von Personen, die direkt am Prozeß beteiligt sind (z.B. Hennig 1995; Höynck 1996; von Tschamer/von Castelmur 1996; Guldemann 1997; Honsowitz 1997). Die umfassendste Darstellung der Entwicklung der KSZE/OSZE von 1990 bis 1996 hat Gheballi (1996) vorgelegt, aktuelle Beiträge werden vor allem im "Helsinki Monitor", dem "OSZE-Jahrbuch" des IFSH (1995, 1996, 1997) sowie in den von OSZE-Instanzen herausgegebenen Zeitschriften "ODIHR Bulletin" und "OSCE-Newsletter" publiziert.

Demgegenüber ist die Zahl theoriegeleiteter Analysen zur KSZE und OSZE vor und nach 1990 verschwindend gering. In der englischsprachigen Literatur wurde dieses Thema schon deshalb kaum bearbeitet, weil die relative Geringschätzung der KSZE/OSZE in der US-amerikanischen Politik eine theoretische Befassung auch für die dortige Politikwissenschaft unattraktiv machte. Die ersten deutschsprachigen Studien mit theoretischem Hintergrund befaßten sich mit den Auswirkungen von im Rahmen der KSZE festgelegten Verhaltensregeln auf zwischenstaatliche Verhaltensweisen (Kühne 1977), mit einer Fragestellung also, die heute im Bereich der Regimeanalyse anzusiedeln wäre. Nach vereinzelt und eher folgenlosen Versuchen Anfang der 80er Jahre, den KSZE-Prozeß als "symbolische Sicherheitspolitik" (Schissler 1980) oder nach Karl W. Deutsch als "pluralistische Sicherheitsgemeinschaft" (Schlotter 1982) zu fassen, bekam die theoriegeleitete Untersuchung des KSZE-Prozesses erst Mitte der 80er Jahre durch die in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile rezipierte Regimeanalyse spürbare Impulse.

Dies betrifft zum einen die Arbeiten, die im Rahmen der Tübinger Arbeitsgruppe um Rittberger entstanden sind. Neben einer Reihe von Sektorenanalysen, u.a. von Efinger zu Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (1990) und von Zürn zum innerdeutschen Handel (1990) wurden umfangreiche theoretische Überlegungen zur Regimeanalyse und ihrer Anwendung auf den Ost-West-Kontext angestellt (Efinger/Rittberger/Zürn 1988; Rittberger/Zürn 1990). Auf der Grundlage eines problemstrukturellen Ansatzes (vgl. 2.1.2) war dabei eines der zentralen Ergebnisse, daß Wert- bzw. Herrschaftskonflikte, also z.B. solche im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte, am wenigsten einer Konfliktregulierung durch internationale Regime zugänglich sind (Efinger/Zürn 1990: 75-78). Ob diese aus der Analyse des alten Ost-West-Zusammenhangs gewonnene Aussage unverändert auf den heutigen OSZE-Kontext übertragen werden kann, ist allerdings fraglich. Denn nicht nur sind die Machtverhältnisse innerhalb der OSZE-Welt andere als die der alten Ost-West-Konstellation, es hat sich auch das Verständnis, was eine illegitime Einmischung in den Souveränitätsbereich eines Staates darstellt und was nicht, wesentlich verschoben. So erklärten die KSZE-Teilnehmerstaaten auf dem Moskauer Treffen über die Menschliche Dimension 1991, "daß die im Bereich der Menschlichen Dimension der KSZE eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen" (Fastenrath 1992: H.4, 3). Dies macht es erforderlich, die Frage, welche Problemgebiete in welchem Maße

einer Verregelung des Konfliktaustrags durch Regime zugänglich sind, unter den veränderten Bedingungen neu zu untersuchen.

Zum anderen hat Schlotter nach Vorarbeiten von Ropers und Schlotter (1989) die bisher umfassendste theoriegeleitete Analyse der KSZE bis 1990 vorgelegt, wobei er zu dem Ergebnis kommt: "Der Beitrag der KSZE zur Auflösung des Ost-West-Konflikts ist bisher in Wissenschaft und Politik unterschätzt worden. Der KSZE-Prozeß ist ein neuerlicher Beleg dafür, daß internationale Institutionen neben einer demokratischen Gesellschaft das Fundament für friedliche Beziehungen zwischen Staaten bilden" (1997: 396). Theoretisch begründete Untersuchungen zur 'neuen' KSZE/OSZE ab 1990 sind bisher über erste Ansätze (Staack 1992) nicht hinausgekommen. Damit ist ein Forschungsdefizit und gleichermaßen eine Forschungschance gekennzeichnet: Einerseits ist das Instrument der Regimeanalyse seit mehr als 20 Jahren entwickelt und verfeinert worden, andererseits ist die 'neue' KSZE/OSZE bisher noch kaum mit diesem Instrumentarium untersucht worden. Das Projekt will dazu beitragen, diese Forschungslücke zu schließen.

Das OSZE-Minderheitenregime und der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten. Das OSZE-Minderheitenregime ist weder inhaltlich noch formal eine in sich geschlossene Institution, sondern stellt ein mehrschichtiges Konstrukt dar, das sich in der für die KSZE/OSZE typischen inkrementalen Weise entwickelt hat. Dabei lassen sich auf einer ersten Ebene normative und instrumentelle¹ Elemente identifizieren, die den Kern des Minderheitenregimes ausmachen. Diese sind insbesondere im Kopenhagener Dokument 1990 (Fastenrath 1992: H.1, insb. Abschnitt IV) und im Mandat des HKNM niedergelegt, das Bestandteil der Beschlüsse von Helsinki 1992 ist (Fastenrath 1992: A.6, Abschnitt II). Auf einer zweiten Ebene finden sich Regimeelemente, die allgemeine Bestimmungen zur Menschlichen Dimension betreffen, ferner den Mechanismus zur Menschlichen Dimension, die Implementierungstreffen, Sanktionsoptionen "in Fällen von eindeutigen, groben und nicht behobenen Verletzungen einschlägiger KSZE-Verpflichtungen" zum "Schutz von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit" (Prager Dokument 1992, in: Fastenrath 1992: A.5, 4) sowie das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (Fastenrath 1992: A.3, 6-7; A.6, 39-44). Beide Ebenen sind eng miteinander verbunden. Eine dritte

¹ Bei Anwendung einer strengen begrifflichen Trennung zwischen Regime und Organisation müßte der Hohe Kommissar als organisatorisches Teilelement der OSZE begriffen werden, das zur Konfliktprävention durch Umsetzung des OSZE-Minderheitenregimes eingerichtet wurde.

Ebene betrifft vor allem instrumentelle Elemente, die keinen direkten Bezug zu Menschenrechts- und Minderheitenfragen aufweisen, aber für diesbezügliche Aufgaben eingesetzt werden können, also die verschiedenen Räte, Folgetreffen, Missionen etc. (Fastenrath 1992: A.6, 1-6, 14-23; B.5, 9-13).

Der HKNM ist "ein Instrument zur Konfliktverhütung", er "sorgt zum frühestmöglichen Zeitpunkt für 'Frühwarnung' und gegebenenfalls für 'Frühmaßnahmen'" bezüglich "Fragen nationaler Minderheiten, die sich noch nicht über ein Frühwarnstadium hinaus entwickelt haben, die jedoch nach Einschätzung des Hohen Kommissars das Potential in sich bergen, sich im KSZE-Gebiet zu einem den Frieden" (Fastenrath 1992: A.6, Abschnitt II, Abs. 1 u. 2) beeinträchtigenden Konflikt zu entwickeln.

Der Begriff *Minderheit* ist in keinem KSZE/OSZE-Dokument definiert, geschweige denn seine Qualifizierung *nationale Minderheit*,² doch drückt die Begriffswahl 'nationale Minderheit' ebenso wie die einschlägigen Bestimmungen des Mandats aus, daß v.a. solche Minderheitenkonflikte in den Kompetenzbereich des HKNM fallen, bei denen ein internationales Eskalationspotential vermutet wird, was in aller Regel dann der Fall ist, wenn die entsprechende Minderheit über einen, häufig geographisch benachbarten, Patronagestaat³ verfügt. Der HKNM repräsentiert damit einen "security-orientated approach to minority rights" (Alfredsson/Türk 1993: 175) bzw. im Vergleich zum eher rechtlichen Ansatz des Europarates den primär politischen Ansatz der OSZE (FIER 1997a: 41). Schließlich kann man den HKNM als Instrument einer indirekten Strategie begreifen, die auf die Einlösung von Minderheitenrechten drängt, weil deren Einhaltung eine unabdingbare Voraussetzung für Frieden und Stabilität darstellt.

² Dessen ungeachtet äußerte der Hohe Kommissar: "I would dare to say that I know a minority when I see one." (van der Stoel 1993: 22-25) Da es weder im wissenschaftlichen noch im politischen Bereich eine konsensuelle Definition des Begriffs der Minderheit gibt, gehen wir zunächst von der grundlegenden Definition von Capotorti aus: "A group numerically inferior to the rest of the population of a State, in a non-dominant position, whose members - being nationals of the State - possess ethnic, religious or linguistic characteristics differing from those of the rest of the population and show, if only implicitly, a sense of solidarity, directed towards preserving their culture, traditions, religion or language." (1979: 96) Dabei erheben wir allerdings das Kriterium der Staatsbürgerschaft ("being nationals of the State") nicht zum Bestandteil der Definition. Grundlegend zur Minderheiten-Definition siehe Shaw 1992: 1-31.

³ Einen Staat, der sich ein Sorgerecht bzw. eine Sorgspflicht für Bürger anderer Staaten zumißt, die derselben Nationalität angehören, die im erstgenannten Staat die Titularnation stellt, bezeichnen wir nach Öffe als Patronagestaat (1994: 145). Einen Staat, in dem eine oder mehrere Minderheiten leben, bezeichnen wir als Minderheitenstaat.

Als die wichtigsten *Arbeitsprinzipien* des HKNM lassen sich Unparteilichkeit, Unabhängigkeit, Vertraulichkeit und Verantwortlichkeit nennen. Die Unabhängigkeit des HKNM kommt darin zum Ausdruck, daß er 'seine' Fälle selbst auswählt und dazu weder die Zustimmung von OSZE-Gremien noch die des betroffenen Landes erforderlich ist. Das Prinzip der Vertraulichkeit schlägt sich darin nieder, daß der HKNM vor einem Tätigwerden den Ständigen Rat der OSZE nicht einmal informieren muß (wohl aber den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE) und daß öffentliche Stellungnahmen des HKNM nur im Konsens aller Beteiligten erfolgen. Die Verantwortlichkeit des HKNM kommt in seiner Rechenschaftspflicht gegenüber dem Amtierenden Vorsitzenden zum Ausdruck, in der Praxis ist es darüber hinaus üblich geworden, daß der HKNM regelmäßig dem Ständigen Rat berichtet. Der HKNM darf nicht in individuellen Fällen tätig werden, jeder Kontakt zu Personen, die Terrorismus und Gewaltanwendung propagieren, ist ihm untersagt. Als *Arbeitsinstrumente* stehen dem HKNM Informationssammlung, Besuche in den entsprechenden Ländern, der Einsatz von Experten und die Abgabe von Empfehlungen an die entsprechende Regierung⁴ zur Verfügung, ferner die Abgabe einer formellen Frühwarnungs-Erklärung sowie die Empfehlung von Frühmaßnahmen, über die dann der Hohe Rat zu entscheiden hat. Von den beiden letzten Möglichkeiten hat der HKNM noch niemals Gebrauch gemacht. Sämtliche Maßnahmen des HKNM sind weder bindend, noch tragen sie Zwangscharakter (Zaagman 1994: 119-25, 142-53, 159-64; FIER 1997a: 21-35).

Aufgrund seiner Handlungsmöglichkeiten ist der HKNM zum Kristallisationspunkt des OSZE-Minderheitenregimes geworden. Nach der Klassifizierung von Menschenrechtsregimen von Donnelly stufen wir die Stärke des OSZE-Minderheitenregimes vorläufig als "schwach implementiert" ein, stärker als ein lediglich deklaratorisches oder förderndes Regime, aber schwächer als eines, das Erzwingungsmaßnahmen vorsieht (1986: 603). In den vergangenen fünf Jahren hat fast ein Viertel der OSZE-Teilnehmerstaaten zugelassen, daß sich eine internationale Institution in höchst detaillierter Form in einen als extrem sensitiv empfundenen nationalen Politikbereich eingemischt hat.

Die Ergebnisse der Arbeit des HKNM wurden auf den OSZE-Implementierungstreffen zur Menschlichen Dimension 1994 und 1996 durchgehend positiv bewertet (Buchsbaum/Hammer/Suntinger/Tretter 1994: 76; Pentikäinen

⁴ Die Empfehlungen gehen zunächst vertraulich der entsprechenden Regierung zu und werden später vom Ständigen Rat der OSZE zur Veröffentlichung freigegeben (die Empfehlungen sind dokumentiert in: Bloed 1997: 649-829; <http://www.osce.org>).

1997: 10). Glover hebt jedoch hervor, daß die genaue Wirkung schwer einzuschätzen sei (1995: 59); Schlotter faßt beides zusammen: "Die Ergebnisse der Arbeit des Hohen Kommissars sind letztlich schwer meßbar; doch gilt sein Wirken allgemein als *die* [H.i.O.] Erfolgsgeschichte der K/OSZE nach 1990." (1996: 116)

2.1.2 Regimeanalyse

Nach der klassischen Definition von Krasner werden internationale Regime definiert "as sets of implicit or explicit principles, norms, rules, and decision-making procedures around which actors' expectations converge in a given area of international relations" (1982: 186). Rittberger hat daran die Forderung angeschlossen, daß nur solche Regelwerke als Regime bezeichnet werden sollten, die ein gewisses Maß an beobachtbarer Verhaltensorientierung nach sich ziehen (1993: 9-10). Wir werden im folgenden nur jene internationalen Institutionen als Regime bezeichnen, die dem Rittberger-Kriterium gerecht werden, nicht oder kaum wirksame Regelwerke im Sinne von Keohane (1993: 27-28) aber nicht von vornherein außer acht lassen, sie jedoch als Proto-Regime bezeichnen.

Die Entstehung der seit Mitte der 70er Jahre in den USA entwickelten und rund ein Jahrzehnt später in (West-)Deutschland aufgenommenen Regimeanalyse⁵ basierte anfänglich zentral auf dem Verhältnis der beiden Begriffsinhalte "Power and Interdependence" (Keohane/Nye 1977/1989). Regime wurden einerseits als norm- und regelgestützte Regulierungsinstrumente von Interdependenzbeziehungen (Keohane/Nye 1977/1989: 19), als "intermediate

⁵ Eine auch nur cursorische Darstellung der Theorieströmungen innerhalb der Regimeanalyse würde den Rahmen dieses Abschnitts sprengen. Hasenclever, Mayer und Rittberger (1997) unterscheiden zwischen drei großen Denkschulen mit zahlreichen Ausdifferenzierungen und Überschneidungen: Interessengestützte Theorien (Neoliberalismus, wir bevorzugen die Bezeichnung Institutionalismus) erklären internationale Regime über das Versagen politischer Märkte (Keohane 1984; Axelrod/Keohane 1986), durch Situations- und Problemstrukturen (Efinger/Rittberger/Zürn 1988; Rittberger/Zürn 1990; Efinger/Zürn 1990; Rittberger 1993) sowie durch Prozesse institutionalisierten Verhandeln (Young 1989, 1991, 1994). Machtgestützte Theorien (Realismus) betonen Hegemonie (Kindleberger 1981), Verteilungskonflikte (Krasner 1991, 1993) und relative Gewinne (Grieco 1988, 1993). Schwach wissenschaftlich gestützte Theorien begründen Regime mit der Rolle von Ideen und epistemischen Gemeinschaften (P. Haas 1989, 1993), stark wissenschaftlich gestützte Theorien mit der Vorstellung einer internationalen Gesellschaft (Hurrell 1993), der Rolle von Kommunikationsprozessen (Müller 1994) bzw. der Wirkung sozialer Identitäten (Wendt 1994). Im weiteren beschränken wir uns hier auf eine problemorientierte Darstellung derjenigen theoretischen Aspekte, die für unser Vorhaben wesentlich sind.

factors" (dies.: 21) bzw. "intervening variables" (Krasner 1982: 185) zwischen der zugrundeliegenden Machtstruktur und spezifischen Politikergebnissen verstanden, andererseits als "autonomous variables" (Krasner 1982a), die eigenständige Wirkung entfalten. Hasenclever, Mayer und Rittberger, die diesen Zusammenhang wieder aufgenommen haben, betonen, daß das spezifische Element, das Regime Interdependenzbeziehungen hinzufügen, in ihrem normativem Charakter und in "their functional role as manifestations of international governance" (1997a: 4) liegt. Nach dem bisher entwickelten Verständnis sind Regime *erstens* nicht abzulösen von den sie tragenden Interdependenzbeziehungen. *Zweitens* regulieren sie asymmetrische Beziehungen mit der Folge, daß die Rolle von Macht nicht ausgeblendet und die in einem Regime niedergelegte Kooperation nicht von der zugrundeliegenden Konfliktstruktur getrennt werden kann (Keohane/ Nye 1977/1989: 10; Efinger/Rittberger/Zürn 1988: 61-62). *Drittens* erweitern Regime Interdependenzbeziehungen um ein normatives Regulierungsinstrument mit eigenständiger Wirksamkeit. Und *viertens* verweist schon der Begriff der Interdependenz darauf, daß "foreign policy is integrally related to domestic structures and processes" (Haggard/ Simmons 1987: 499), da die notwendige Voraussetzung von Interdependenz in einem hinreichenden Niveau internationaler Verflechtung und Arbeitsteilung besteht.

Heute existiert ein breiter, bis weit in die realistische Denkschule hineinreichender Konsens (Krasner 1991, 1993; für die Gegenposition vgl. Mearsheimer 1995), daß Regime wirksam sind bzw. sein können. In auffälligem Kontrast dazu steht die seit langem erhobene Klage (Young 1986: 115; Keohane/Nye 1987: 742-743; Nollkaemper 1992: 54), daß nur relativ wenige Arbeiten vorliegen, die sich mit der Wirksamkeit von Regimen befassen.⁶ Unseres Erachtens ist dieser Mangel an theoriegeleiteten empirischen Wirkungsanalysen kein Zufall, sondern resultiert aus vier theoretischen Schwächen, von denen eine spezifisch die institutionalistische (und die kognitive) Denkrichtung, die anderen drei beide rationalistische⁷ Schulen betreffen.

⁶ Für Versuche, das Problem der Regimewirksamkeit theoretisch-konzeptionell zu erfassen, vgl. Nollkaemper 1992 und Breitmeier/Wolf 1993, für eine empirische Wirksamkeitsstudie exemplarisch Müller 1993.

⁷ Die vom Institutionalismus wie vom Realismus geteilte rationalistische Grundannahme lautet in den Worten Keohanes: "Rationality means that [actors] have consistent, ordered preferences, and that they calculate costs and benefits of alternative courses of action in order to maximize their utility in view of those preferences. [...] Variations in [actors'] behavior are accounted for not by variations in their values, or in the efficiency of their internal organizational arrangements, but by variations in characteristics of the [...] system" (1984: 27).

Die erste Schwäche liegt in der Vernachlässigung des machtpolitischen Kontexts des jeweiligen Regimes. In der Theorieentwicklung ab Ende der 70er Jahre kam es innerhalb des institutionalistischen Paradigmas zu einer relativen Ablösung der Analyse internationaler Regime von den sie tragenden Interdependenz- und Machtbeziehungen (Kohler-Koch 1989: 51), Regime wurden vor allem als solche untersucht. In der deutschen Regimeforschung wurden machstrukturelle Faktoren bisher gering bewertet. Inzwischen behandeln Hasenclever, Mayer und Rittberger jedoch nicht nur ausführlich verschiedene realistische Ansätze (1997: 83-135), sondern plädieren auch dafür, die Suche nach einander ergänzenden Aspekten der beiden großen Denkschulen in den Vordergrund zu stellen (1997: 135).

Drei weitere theoretische Schwachstellen resultieren aus der Tatsache, daß die beiden führenden Denkschulen (Institutionalismus und Realismus) sich in dem entscheidenden Ausgangspunkt einig sind, Staaten als zweckrational handelnde, individuelle Nutzenmaximierer zu betrachten, wobei der unitär handelnde Staat das Individuum darstellt (Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997: 23).

Die zweite Schwäche rationalistischer Handlungstheorien liegt in der Externalisierung innenpolitischer Prozesse und Strukturen. Die Klage, daß sowohl die realistische als auch die institutionalistische Variante der Regimeanalyse die innenpolitische Dimension unberücksichtigt lassen, ist weitverbreitet. Haggard und Simmons (1987: 499) wie auch Milner (1992: 481) machen dafür die Verwendung der Spieltheorie bzw. beim Realismus die Anarchie-Annahme verantwortlich und plädieren für die (Re-)Integration der Innenpolitik als elementarer Voraussetzung für das Verständnis internationaler Kooperation. Dafür scheinen zwei Wege erfolgversprechend zu sein: Entweder man bildet wie Zürn innenpolitisch bedingte "foreign policy types that are regime-conducive" (1993: 292). Dies bietet sich bei Fragestellungen an, die Regimeentstehung betreffen. Oder man geht wie Moravcsik von den Präferenzstrukturen zunächst gesellschaftlicher und dann staatlicher Akteure aus (1992, 1997), konstruiert auf dieser Grundlage nach Risse-Kappen ein innenpolitisches Konfliktstrukturmodell, das die gesellschaftlichen Konflikt- mit den politischen Lösungspotentialen verbindet (1991, 1995), und setzt die verschiedenen Präferenz- und Konfliktstrukturen auf internationaler Ebene über das Konzept der Interdependenz in Verbindung. Diesen Weg, der im Gegensatz zur Hauptströmung in der Disziplin Interna-

Sowohl Institutionalismus als auch Realismus gehen also von einem stark systemischen Ansatz aus, der die innenpolitische Ebene als eigenständige Erklärungsvariable internationalen Handelns ausschließt.

tionale Beziehungen von den Einheiten zum System geht und sich gerade deswegen für Untersuchungen der *Wirksamkeit von Regimen* eignet, werden wir beschreiten (siehe unten und Abschnitt 3.2.1).

Die dritte Schwäche rationalistischer Handlungstheorien liegt in der Externalisierung der Präferenzordnungen der Akteure. Dabei ist letztlich gleichgültig, ob der rationale Nutzenmaximierer als defensiver oder offensiver Positionalist (Realismus) oder als Interessenmaximierer (Institutionalismus) konzipiert wird; entscheidend ist, daß damit Veränderungen in den Präferenzordnungen der Akteure nicht untersucht werden können, weil sie definitionsgemäß ausgeblendet sind. Veränderungen von Präferenzordnungen sind aber schon deshalb wichtig, weil nur darüber die Wirkung von Regimen erklärt werden kann. Denn zwischen einem Modell individueller Nutzenmaximierung und der Annahme normgeleiteter Kooperation im Rahmen von Regimen besteht ein logischer Widerspruch. Einen Ausweg aus diesem Dilemma scheint der Vorschlag von Hasenclever, Mayer und Rittberger zu bieten, in Anlehnung an die Weber'schen Idealtypen (1972: 12-3) dem Modus zweckrationalen Handelns jenen des wertrationalen Handelns zur Seite zu stellen (1997a: 25). Dieser Handlungstyp würde weder rationalistischer Nutzenlogik noch universellen Werten, sondern dem spezifischen Wertmuster eines nationalen politischen Systems folgen. Übereinstimmung bzw. Differenz zwischen diesem Wertmuster und dem des fraglichen Regimes könnten als Maßstab für dessen Wirksamkeit bzw. Robustheit dienen (ebd.). Ein solches Herangehen hat aber Folgen für die theoretischen Grundannahmen des institutionalistischen bzw. aller stark systemischen Ansätze: Denn wenn man von den spezifischen Wertmustern bzw. Präferenzordnungen einzelner Staaten als Erklärungsvariablen für Regimewirkungen ausgeht, dann bedarf es eines schwach systemischen Ansatzes, der die Erklärung der innenpolitischen Formierung von Präferenzordnungen mit der ihrer internationalen Wirksamkeit im Zusammentreffen mit den Präferenzordnungen anderer internationaler Akteure verbindet.

Die vierte Schwäche des rationalistischen Handlungstyps liegt in seiner begrenzten Fähigkeit, Kommunikationsprozesse zu erfassen. Weithin unbestritten ist, daß "[s]tates can and do communicate" (Milner 1992: 480), daß diese Kommunikation für das Zustandekommen von Kooperation relevant ist und in der rationalistischen Handlungstheorie bisher unzureichend berücksichtigt wird (Zangl/Zürn 1996: 348). Umstritten hingegen ist in dieser insbesondere in Deutschland geführten Debatte, ob es einer neuen Theorie kommunikativen Handelns bedarf (Müller 1994, 1995), oder ob der Modus argumentativer Kommunikation in rationalistische Theorien integriert werden

kann (Keck 1995; Zangl/Zürn 1996). Bei ihrem derzeitigen Stand ist diese Diskussion nicht für die empirische Arbeit fruchtbar zu machen, so daß wir uns darauf beschränken werden, "für die jeweiligen Ebenen getrennt die relative Bedeutung von argumentativem und strategischem Handeln [zu] ermitteln" (Zangl/Zürn 1996: 362), um daraus die Anforderungen an eine Theorie kommunikativen Handelns spezifizieren zu können bzw. um weitere Anhaltspunkte zu gewinnen, ob und wie eine solche mit rationalistischen Handlungstheorien verbunden werden kann.

Keine der Denkschulen der Regimeanalyse kann bislang beanspruchen, die Gesamtheit der Problematik erklären zu können (Müller 1994: 24). Dies gilt insbesondere für Menschenrechts- und Minderheitenregime. Vor diesem Hintergrund spezifischer Stärken und Schwächen einzelner Denkschulen könnte die von Moravcsik (1992, 1997) entwickelte und in Deutschland noch kaum rezipierte liberale Theorie internationaler Beziehungen weiterhelfen.

Moravcsik geht von drei Grundannahmen aus: *Erstens* betrachtet er Individuen und gesellschaftliche Gruppen mit spezifischen Interessen und Präferenzen als die grundlegenden Akteure in der internationalen Politik (1997: 516). *Zweitens* geht er davon aus, daß Staaten jeweils einen gewissen Ausschnitt aus den Präferenzordnungen der gesellschaftlichen Akteure repräsentieren (1997: 518). Mit seiner *dritten* Annahme gelangt Moravcsik von einer innenpolitischen zu einer (schwach) systemischen Theorie: "The configuration of interdependent state preferences determines state behavior" (1997: 520). Das Verbindungsglied zwischen nationalen Präferenzordnungen und internationalem Handeln besteht dabei im "concept of policy interdependence" (ebd.). Im Ergebnis, so Moravcsik, "the form, substance, and depth of cooperation [and conflict, d.V.] depends directly on the nature of these patterns of preferences" (1997: 521). Dabei bleibt Moravcsiks Ansatz offen für "any multicausal synthesis with realist and institutionalist theory", solange dabei die Priorität gesellschaftlich begründeter staatlicher Präferenzordnungen als der grundlegenden Erklärungsvariable nicht in Frage gestellt wird (1997: 543). Ausgehend von Moravcsiks Ansatz werden wir in folgenden Teilschritten vorgehen:

- *Erstens* gehen wir davon aus, daß der relative Abstand zwischen den ethno-politischen Präferenzordnungen von Mehrheit und Minderheit(en) das ethno-politische Konfliktpotential eines Landes repräsentiert und die Präferenzordnung des OSZE-Minderheitenregimes ein durch den HKNM flexibel anwendbares Lösungsangebot. Die Wirksamkeit des Regimes läßt sich durch die Größe der Abstände zwischen den drei Prä-

ferenzordnungen messen. Da der Begriff "ethnopolitische(s) Präferenzordnung bzw. Wertmuster" (wir verwenden diese Begriffe synonym) noch sehr allgemein und leer ist, werden wir im nächsten Abschnitt (2.1.3) Nationalismustheorien befragen, was sie zu seiner inhaltlichen Auffüllung und empirischen Operationalisierung beitragen können.

- *Zweitens* wenden wir uns der Frage zu, welche Prozesse in Transformationsländern darüber entscheiden, welche Akteursgruppen ihre spezifischen Präferenzordnungen auf gesamtstaatlicher Ebene durchsetzen können. Dazu werden wir im Abschnitt 2.1.4 Transformationstheorien daraufhin überprüfen, was sie zur Konzeptionalisierung und empirischen Operationalisierung der Institutionalisierung politischer Repräsentation in Transformationsländern Mittel- und Osteuropas beitragen können.
- *Drittens* werden wir im Arbeitsprogramm (3.2.1) auf der Basis von Rissekappen (1991, 1995) versuchen, das in den Präferenzordnungen von Mehrheit und Minderheit(en) repräsentierte ethnopolitische Konfliktpotential und das im Modus politischer Repräsentation (möglicherweise) angelegte Konfliktlösungspotential in einem allgemeinen und ethnopolitischen Konfliktstrukturmodell zu verbinden.
- *Viertens* werden wir den Faktor Macht konzeptionell dadurch einbeziehen, daß wir Regime als themenspezifische, eigenständig wirksame, normative Regulierungsinstrumente von in der Regel asymmetrischen Interdependenzbeziehungen verstehen. Am OSZE-Minderheitenregime wollen wir untersuchen, *welchen relativen Stellenwert der Faktor Macht* zu dessen Erklärung beanspruchen kann und wie der Erklärungsfaktor Macht mit anderen Faktoren, insbesondere der Wirksamkeit des relativen Abstandes zwischen den Präferenzordnungen der Akteure, verbunden ist (vgl. 3.2.2). Da diese Fragestellung die nationale mit der inter- und transnationalen Ebene verbindet, werden wir zuvor in Abschnitt 2.1.5 das Verhältnis der verschiedenen Interaktionsebenen im Sinne von Mehrebenen-'Spielen' thematisieren.
- *Fünftens* gehen wir davon aus, daß die *Art und Weise der Verfolgung von Präferenzen* idealtypisch strategischer oder argumentativer Natur sein kann. Die Bearbeitung dieses Zusammenhangs erscheint uns interessant genug, auch wenn dazu bisher keine tragfähigen theoretischen Grundlagen vorliegen. Der Anregung von Zangl und Zürn (1996: 362) folgend wollen wir zunächst näher zu klären versuchen, auf welchen Ebenen und unter welchen Bedingungen der Erklärungsansatz strategischen Handelns als nicht ausreichend erscheint und durch kommunikative Theorieelemente ergänzt werden muß.

2.1.3 Nationalismustheorien

In den wenigen Jahren seit dem Umbruch von 1989/1990 haben sich die Erwartungen bezüglich der ethnopolitischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa zweimal wesentlich verändert. Zwar glaubten 1989 die wenigsten an "das Ende der Geschichte" (Fukuyama 1989), aber die Hoffnung, daß "ethno-nationalistische Konflikte entschärft und ohne Anwendung von Gewalt geregelt werden" (Senghaas 1990: 87) könnten, war weit verbreitet. Mit den Jugoslawienkriegen schlug diese Stimmung ins Gegenteil um. Mittlerweile hat sich die Einschätzung durchgesetzt, daß die Entwicklung innerhalb der GUS und in Mitteleuropa qualitativ unterschiedlich verläuft, daß der post-jugoslawische Raum (minus Slowenien) als Sonderfall anzusehen ist und es im Rest Mitteleuropas "keine automatische Spirale eines sich an den sozialen Spannungen aufschaukelnden Nationalismus gibt" (Segert/Machos 1995: 302). Diese teilweise dramatischen und in direkter Abhängigkeit von einzelnen Ereignissen (oder Nichtereignissen) stehenden Veränderungen des wissenschaftlichen Erwartungshorizonts unterstreichen, daß dem Bedarf an erklärungsfähiger Nationalismustheorie ein eher karges Angebot gegenübersteht. Nachdem der sozialwissenschaftliche *mainstream* angesichts der vertieften Integration der westeuropäischen Staaten über Jahrzehnte dazu tendiert hat, den nationalen Faktor als Restkategorie abzuschreiben, ist es zu einem deutlichen "Wirklichkeitsverlust sozialwissenschaftlicher Analyse" (Schödl 1993: 124) gekommen. Angesichts zahlreicher manifester wie latenter ethnopolitischer Konflikte gilt es nun zu prüfen, inwieweit einerseits ältere Ansätze, andererseits das neuere Instrumentarium des Institutionalismus zu deren Erklärung beitragen können.

Im Mittelpunkt der klassischen Nationalismustheorien stehen die Fragen nach der Qualität der Nation und ihrem Verhältnis zum (National-)Staat, die Antworten darauf sind wesentlich aus der unterschiedlichen Nationalstaatsentwicklung und dem Selbstbild der entsprechenden Nationen in West- bzw. Mittel- und Osteuropa abgeleitet.⁸ In der Theoriebildung wurde der westeuropäische Entwicklungstyp zum Ausgangspunkt des sog. subjektiven Ansatzes, während die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa dem sog. objektiven Ansatz zugrunde liegt. Subjektive Definitionen der Nation heben als deren konstituierendes Element die Entscheidung (Kohn 1948: 15) und den Willensakt hervor, eine Nation zu bilden (Schieder 1991: 69; vgl. auch

⁸ Vgl. die drei Nationstypen bei Lepsius: "Staatsbürgernation", "Kulturnation", "Volksnation" (1990: 235-45).

Weber 1972: 242 u. 528; Lepsius 1990: 233; Anderson 1993: 15). Der subjektive Ansatz geht von der Bedingung eines innerhalb fester Grenzen existierenden Staates aus (Kohn 1948: 3-4) und ist dementsprechend staatsbezogen. Das Konzept ist jedoch, wie Vertreter der subjektiven Denkrichtung selbst einräumen (Elwert 1989: 24), weder trennscharf noch universell anwendbar, sondern aus der westeuropäischen Nationalstaatsentwicklung abgeleitet (Schieder 1991: 69-71).

Der objektive Ansatz versucht, eine Nation anhand objektiver Kriterien wie Abstammung, Sprache, Kultur, Geschichte etc. zu definieren (Brunner 1996: 18). Da in Ost- und Mitteleuropa weder feste Grenzen noch Nationalstaaten existierten, spielen beim objektiven Ansatz "weder das Territorium noch der Staat eine entscheidende Rolle" (Brunner 1996: 18). Aber auch dieses Konzept ist weder trennscharf noch universell anwendbar, seine Kriterien sind nicht eindeutig. Dazu kommt, daß objektiv gefaßte *Kriterien* einer Nation leicht umzudeuten sind in quasi natürliche, 'wesenseigene' *Charaktermerkmale* einer Nation - ein Prozeß, der geradezu einlädt zur Bildung nationaler Mythen.

Keine der beiden klassischen Schulen liefert einen ausreichenden Analyse-rahmen für die heutigen ethnopolitischen Konflikte in Mittel- und Osteuropa.⁹ Denn zum einen ist die Trennung in subjektive und objektive Ansätze ungeachtet gelegentlicher Neubelebungsversuche längst überholt (Mommssen/Martiny 1971: 637). Zum anderen weisen beide Denkrichtungen vor dem Hintergrund der in anderen Sektoren der Politikwissenschaft mittlerweile erzielten Fortschritte eine Reihe grundlegender methodologischer Schwächen auf:

Die *erste Schwäche* der auf die Nation konzentrierten Ansätze liegt darin, daß der Zuschnitt der jeweiligen Definitionen fast zwangsläufig zu einseitigen und übersteigerten Aussagen über den Charakter ethnopolitischer Kon-

⁹ Ob der kommunikationstheoretische Ansatz von Deutsch, der seine Konzeption von Volk und Nation als Funktion der Kommunikationsfähigkeiten, -möglichkeiten und -gewohnheiten größerer Menschengruppen (Deutsch 1953), als "Allzweck-Kommunikationsnetz" (Deutsch 1972: 204) einer Ethnie oder eines Volkes entwickelt hat, zur Grundlage einer modernen institutionalistischen Theorie zur Erklärung ethnopolitischer Konflikte dienen könnte, muß hier offenbleiben. Unbestritten ist, daß dieser Ansatz zahlreiche innovative Elemente aufweist, insbesondere die Überwindung des Dualismus zwischen subjektivem und objektivem Prinzip, die Konzeption "ethnischen Lernens" (Deutsch 1953: 148) sowie die Verbindung von Nation und Nationalismus mit wirtschaftlichen Modernisierungsprozessen, den sie tragenden sozialen Schichten und die dadurch erreichte Öffnung zur Akteursebene. Obwohl Deutsch auch heute noch häufig zitiert wird, ist sein bereits in den fünfziger Jahren entwickelter Analyse-rahmen weder theoretisch wesentlich weiterentwickelt noch in größerem Umfang in empirischen Studien überprüft worden.

flikte führt. Während aus dem objektiven Ansatz eine gewisse Zwangsläufigkeit ethnopolitischer Konflikte zu folgen scheint, legt der subjektive Ansatz eine weitgehend willkürliche Manipulierbarkeit des ethnischen Faktors nahe, einschließlich der Möglichkeit, diese Manipulation ebenso willentlich wieder zu beenden.

Die *zweite Schwäche* der traditionellen Nationsansätze besteht darin, daß sie hinter den Erkenntnisstand des 'neuen' Institutionalismus zurückfallen. Danach stellen Institutionen Wert- und Verfahrensordnungen dar, die nicht nur die Handlungsmöglichkeiten der Akteure bedingen und beschränken, sondern darüber hinaus ihre Präferenzordnungen und Interessen prägen (Brubaker 1996: 24). Institutionen sind nicht einfach gegeben, sondern das Ergebnis von Aushandlungsprozessen verschiedener Akteure.

Eng damit zusammenhängend liegt die *dritte Schwäche* der nations-konzentrierten Ansätze darin, daß sie weder den interaktiven Charakter der jeweiligen Handlungszusammenhänge, in unserem Fall der zwischen nationalisierendem Staat, nationaler Minderheit und "Patronagestaat" (Offe 1994: 145) erfassen, noch die innere Differenzierung und Auseinandersetzung innerhalb dieser Einheiten, ganz zu schweigen von den wechselseitigen Rückwirkungen zwischen diesen beiden Ebenen.

Im Unterschied zu den nations-konzentrierten Ansätzen begreifen wir Nationen nicht als politische Kollektive und damit Akteure, sondern als politische Institutionen. Die 'Nation' stellt für uns weder den analytischen Ausgangspunkt noch die zentrale analytische Kategorie dar, sie ist vielmehr in ihrer jeweils spezifischen institutionellen Form das Ergebnis näher zu bestimmender Auseinandersetzungs- und Aushandlungsprozesse zwischen politischen Akteuren (Brubaker 1996: 18). Die politische Institution 'Nation' ist nicht aus immanenten Merkmalen zu bestimmen, sondern das Ergebnis eines grundsätzlich offenen Formierungsprozesses, der empirisch untersucht werden muß und kann. Eine institutionalistische Nationalismustheorie geht damit nicht von Nationsdefinitionen aus, sondern versucht die Akteure und Prozesse zu erfassen, die *ganz bestimmte Formen und Strukturen von Nation* schaffen. Da nicht Nationen Nationalismus hervorbringen, sondern politische Akteure (ebd.: 17), sprechen wir nicht von ethnischen, sondern von ethnopolitischen Konflikten (Sapper 1997: 326).

Unter der *Ethnifizierung politischer Konflikte* verstehen wir die Einführung von auf ethnische Gruppen im Sinne von Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaften (Kimminich 1985: 25; Weber 1972: 237; Heckmann 1992: 36-38) bezogener Elemente in den politischen Prozeß. Nach Offe kann die Ethnifizierung politischer Konflikte für bestimmte Akteure durchaus eine

"rationale' Strategie" darstellen, er nennt dafür eine Reihe von Gründen von der "Überwindung des alten Regimes" über die "wirtschaftliche Funktion von Grenzen" bis hin zu "Ethnizität als strategische[r] Ressource von Statusgruppen" (1994: 151-169). Zentrale Bedeutung für die Ethnifizierung politischer Konflikte scheint den Defiziten des politischen Systems während des Transformationsprozesses zuzukommen (Sapper 1997: 329; Schöpflin 1997: 6), diesen Faktor werden wir im Arbeitsprogramm wieder aufgreifen (vgl. 3.2.2). Eine andere Faktorengruppe stellen historische Determinanten dar, etwa das durch die realsozialistische Ära verstärkte dichotomische Denken in Freund-Feind-Kategorien, das in unterschiedlicher Stärke und Ausprägung die Konfliktkultur mittel- und osteuropäischer Transformationsgesellschaften prägt (Sapper 1997: 329-330). Darüber dürfen gegenläufige Faktoren wie die Beitrittskriterien von EU und NATO nicht übersehen werden, die integrationswillige und fähige Staaten wenn nicht zu einer Ent-Ethnifizierung ihrer politischen Kultur, so doch zu einer besseren Regulierung ethnopolitischer Konflikte veranlassen können (vgl. 3.2.2).

Mit Brubaker sehen wir die *drei wichtigsten Akteure in ethnopolitischen Konflikten* in "nationalizing states", nationalen Minderheiten und "external homelands" (1996: 55ff.) bzw. "Patronagestaaten" (Offe 1994: 145), die in einem triadischen Interaktionsverhältnis stehen. Der Begriff 'nationalisierender Staat' im Unterschied zum 'Nationalstaat' betont aus der Selbstwahrnehmung des entsprechenden Staates heraus das Unfertige, noch zu Vollendende dieses Nationalisierungsvorgangs (Brubaker 1996: 63). Nationalisierende Staaten betrachten sich (noch) nicht als vollendete Nationalstaaten, wollen diese Form aber unbedingt erreichen. Eine nationale Minderheit versteht sich als eine von der Mehrheitsnation unterschiedliche ethnokulturelle Nation, strebt nach Anerkennung dieser Verschiedenheit und nach bestimmten kulturellen und/oder politischen Rechten zur Sicherung und Bewahrung ihrer distinkten Identität (ebd.: 60).¹⁰ Dabei gilt unabhängig von den zahlenmäßigen Verhältnissen eine politisch als nicht-dominant zu betrachtende Gruppe als Minderheit. Die Begriffe 'Minderheit' und 'Mehrheit' stellen keine gegebenen, immanent zu bestimmenden Größen dar, sondern formieren sich aus je spezifischen Akteursstrategien und Aushandlungspro-

¹⁰ Wir unterscheiden zwischen Migrationsminderheiten, die (auch vor langer Zeit) in den Minderheitenstaat eingewandert sind, und politischen Minderheiten, die durch den Zerfall von Staaten bzw. neue Grenzziehungen entstanden sind. Zahlreiche Beobachtungen - z.B. in Rumänien bezüglich der deutschen bzw. der ungarischen Minderheit - legen den Schluß nahe, daß politische Minderheiten wesentlich weitgehendere Forderungen zu stellen pflegen (diesen Gedankengang verdanken wir Gerhard Seewann, Gespräch am 16.1.1998).

zessen. Im Falle der Russen kann dies über eine eng gefaßte ethnische Gruppenbildung hinaus national-kulturelle oder sprachlich-kulturelle Minderheiten ("Russischsprachige") entstehen lassen (Kolstoe 1995; Lebedeva 1995; Chinn/Kaiser 1996). Der Patronagestaat mißt sich ein spezifisches Sorgerecht für diejenigen Bürger eines anderen Staates zu, die jener Nation angehören, die im Patronagestaat die staatsbildende Mehrheit stellt.¹¹ Umgekehrt ist der Patronagestaat Objekt transnationaler Aktivitäten der Minderheit, die ihn als *kin-state* betrachtet.

Nationalisierender Staat, nationale Minderheit und Patronagestaat stehen in einem interdependenten und interaktiven Verhältnis (Brubaker 1996: 69), das die innenpolitische, internationale und transnationale Ebene einschließt und am besten über Mehrebenen-'Spiele' (Putnam 1988; Zangl 1994, 1995; vgl. 2.1.5) zu erfassen ist. Dabei muß die verbreitete Vorstellung einheitlicher Akteure aufgegeben werden (Brubaker 1996: 62); auch das Handeln von Minderheiten, nationalisierenden und Patronagestaaten ist das Resultat widersprüchlicher Einzelinteressen und -strategien innerhalb dieser Akteursgruppen. Der dreiseitige Handlungszusammenhang ist damit zum einen durch die Interaktion der drei Akteursgruppen bestimmt, darüber hinaus aber auch durch die Reaktion jeder Akteursgruppe auf das Handeln von Subeinheiten der jeweils anderen beiden Gruppen. Dabei ist nicht nur das innenpolitische Mehrheit-Minderheit-Verhältnis grundsätzlich asymmetrischer Natur (Sapper 1997: 329), auch das transnationale Verhältnis zwischen Patronagestaat und Minderheit weist diese Qualität auf. Von daher kann man von einer doppelten Asymmetrie ethnopolitischer Konfliktlagen sprechen, in denen die nationale Minderheit zwischen den rivalisierenden Ansprüchen des nationalisierenden und des Patronagestaates steht. In komplexen ethnopolitischen Konfliktlagen, in denen mehrere nationale Minderheiten in einem Staat und/oder dieselbe nationale Minderheit in mehreren Staaten eine Rolle spielen, muß der dreiseitige Ansatz zu einem mehrpoligen Analyse Rahmen erweitert werden (Brusis 1997: 69), z.B. kann dann die Interaktion verschiedener in demselben Land ansässiger nationaler Minderheiten mit ihren jeweiligen Patronagestaaten Relevanz erlangen (vgl. 2.1.5).

Damit bleibt die Frage, in welchen Kategorien sich der Inhalt ethnopolitischer Konflikte fassen läßt. Da ethnopolitische Konflikte von den Verhältnissen zwischen Nationen sowie zwischen Nationen und Staat handeln, erscheint die *Qualität der Nations- und Staatsbildungsstrategien* als zentrale

¹¹ Die Diskussion darüber, ob Teile der russischen Bevölkerung im 'nahen Ausland' auf Dauer eine eigene Identität als Diaspora entwickeln werden, die sie von der russischen Kernbevölkerung abhebt, ist noch nicht abgeschlossen (vgl. Kolstø 1996).

analytische Kategorie geeignet. Linz/Stepan unterscheiden zwischen vereinheitlichenden bzw. differenzierenden Nationsbildungsstrategien und inkludierenden bzw. exkludierenden Staatsbildungsstrategien der *Mehrheit* und kommen durch die Überlagerung dieser beiden Strategieebenen in einem Vier-Felder-Schema zu vier ethnopolitischen Typen: Einer "exit"-Strategie aus exkludierender Staats- und vereinheitlichender Nationsbildungsstrategie, in der die Minderheit entweder vertrieben oder zumindest ermuntert wird, das Land selbst zu verlassen; einer Isolationsstrategie aus exkludierender Staats- und differenzierender Nationsbildungsstrategie, die der Minderheit zwar bürgerliche und soziale, nicht aber politische Rechte einräumt; einer Assimilierungsstrategie aus inkludierender Staats- und vereinheitlichender Nationsbildungsstrategie, die der Minderheit zwar politische Rechte einräumt, aber um den Preis der Aufgabe ihrer ethnokulturellen Identität; und schließlich einer Strategie des Ausgleichs auf der Grundlage einer inkludierenden Staats- und einer differenzierenden Nationsbildungsstrategie, die die Minderheit in die Staatskonstruktion einbezieht, ihr aber dabei ihre kulturelle Besonderheit nicht nehmen will (Linz/Stepan 1996: 429).

Diese Konzeption hat den großen Vorzug, daß sie sowohl das Verhältnis zwischen den Nationen als auch deren Verhältnis zum Staat in allgemeinen Wertorientierungen formuliert. Linz/Stepan beschränken sich jedoch auf die Staats- und Nationsbildungsstrategien der *Mehrheit* und verfehlen so den interaktiven Charakter des Verhältnisses von Mehrheit, Minderheit und Patronagestaat. Zudem erfassen sie nicht den Faktor der Territorialität, dem sowohl Brubaker (1996: 30) als auch Offe (1994: 145-6) zentrale Bedeutung als Kriterium ethnopolitischer Institutionalisierung beimessen. Da der Faktor der Territorialität bzw. Nicht-Territorialität von Staatsbildungsstrategien im Verhältnis zwischen Mehrheiten und Minderheiten eine große Rolle spielt - letztere fordern häufig 'territoriale Autonomie', erstere befürchten dann meist Sezessionswünsche -, verbinden wir die Ansätze von Brubaker und Linz/Stepan dergestalt, daß wir bei der Staatsbildung sowohl zwischen ethnoterritorialen und nicht-ethnoterritorialen als auch zwischen in- und exkludierenden Strategien unterscheiden, bei der Nationsbildung zwischen vereinheitlichenden und differenzierenden Strategien. In der Überlagerung dieser drei Merkmale ergibt sich ein Acht-Felder-Schema, das wir als ethnopolitisches Präferenzraster *einer Akteursgruppe* verstehen. Das ethnopolitische Konfliktpotential ergibt sich nicht aus diesem einen Raster (bei Linz/Stepan der Mehrheit), sondern aus der *Distanz* zwischen den ethnopolitischen Präferenzrastern von Mehrheit, Minderheit und Patronage-

staat. Je unterschiedlicher diese Präferenzraster sind, desto größer ist das ethnopolitische Konfliktpotential (vgl. 3.2.2).

Abb. 1: Ethnopolitisches Präferenzraster

		Staatsbildungsstrategie			
		Nicht-territorial		Territorial	
		Inkludierend	Exkludierend	Inkludierend	Exkludierend
Nations- bildungs- strategie	Vereinheit- lichend	Assimilierung	Vertreibung Auswande- rung	-	Sezession Spaltung
	Differen- zierend	Ausgleich	Isolierung	territoriale Autonomie	Konföderatio n

Dieses ethnopolitische Präferenzraster stellt gewiß keinen neuen nationalismustheoretischen Ansatz dar. Aber wir verfügen damit über ein mit der Regimeanalyse kompatibles Analyseinstrument, das sowohl einzelne Handlungsstränge als auch die institutionelle Gestaltungsstrategie sowohl der drei Akteursgruppen als auch externer Akteure - z.B. des HKNM - in Wertkategorien erfassen und vergleichen kann. Anhand unseres empirischen Materials soll die theoretische Frage untersucht werden, welche Erklärungskraft unser auf den drei Kategorien der Staats- und Nationsbildung sowie der Territorialität basierendes präferenzstrukturelles Analyseinstrument beanspruchen kann bzw. in welcher Weise es durch andere Kategorien ergänzt werden muß, um die Dynamik ethnopolitischer Konflikte erklären zu können.

2.1.4 Transformationstheorien

Da sich unsere Untersuchung auf postkommunistische Staaten bezieht, die komplexe Transformationsprozesse durchlaufen, gilt es, deren Einfluß auf die Entstehung und Regulierung von Mehrheit-Minderheit-Konflikten zu untersuchen.

Was den Gegenstand der Transformation in Mittel- und Osteuropa betrifft, gehen wir mit Merkel von einem "Systemwechsel" (zuerst bei Beyme/Nohlen 1991: 690-700) aus, der "die Auflösung der alten und den Aufbau einer neuen politischen Herrschaftsstruktur" (1994: 13) beinhaltet. Der Systembegriff hat gegenüber dem Regimebegriff¹² den Vorzug, umfassender angelegt zu

¹² Der hier verwendete Begriff *Regime* hat einen anderen Bedeutungsinhalt als der Regimebegriff im Zusammenhang internationaler Regime. Regime bedeuten hier eine im Vergleich zu Regierungen "permanenter Form der politischen Herrschaftsorganisation" (Eicher 1998: 42).

sein und neben dem politischen auch die sozialen, ökonomischen und kulturellen Teilsysteme einzubeziehen (ders.: 13), deren gleichzeitiger (und zugleich ungleichzeitiger) Wechsel - Offe spricht vom "Dilemma der Gleichzeitigkeit" (1994: 57ff.) - die besondere Schwierigkeit und historische Einzigartigkeit der mittel- und osteuropäischen Transformation ausmacht. Unter Transformation verstehen wir den gesamten Prozeß des Systemwechsels, "mit erheblicher Entdifferenzierung und anschließend erneuter Differenzierung in Übereinstimmung mit den neuen Prinzipien, Normen und Umwelterfordernissen" (Merkel 1994: 13) und deren langfristiger Institutionalisierung und Verinnerlichung. Demgegenüber kann "[a]ls Transition [...] die Entwicklungsetappe bezeichnet werden, die zwischen dem Zusammenbruch oder Sturz eines Regimes und der dauerhaften Etablierung einer neuen politischen Ordnung liegt" (Glaeßner 1994: 126).

Für unser Untersuchungsziel ist es vertretbar, sich auf die politische Dimension des Transformationsprozesses zu konzentrieren und die wirtschaftliche Entwicklung als externen Faktor zu betrachten.¹³ Denn die ökonomische Entwicklung ist zwar für die *längerfristige Aufrechterhaltung* von Demokratie von hoher Bedeutung (Przeworski et al. 1996: 49), es läßt sich aber kein direkter Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Entwicklungsniveau und der Wahrscheinlichkeit einer Demokratisierung nachweisen (dies.: 40). Da Demokratien alternative Politiken und Regierungs- ohne Regimewechsel ermöglichen, sind sie sogar flexibler im Abfedern sozioökonomischer Härten als autoritäre Regime. Linz und Stepan schätzen, daß junge Demokratien etwa acht Jahre (zwei Regierungsperioden) Zeit haben, um wirtschaftliche Verbesserungen zu erreichen (1996: 79). Da sich diese Zeitspanne weitgehend mit unserem Untersuchungszeitraum deckt und die wirtschaftliche Dimension zudem im präventiven Instrumentarium der OSZE fehlt (FIER 1997a: 12), nehmen wir den ökonomischen Aspekt nicht in unsere Variablen auf, sondern sehen ihn als externen Faktor an.

Konsens besteht heute in der Einteilung des Transformationsprozesses in drei Phasen: Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung (Merkel/Sandschneider/Segert 1996: 13). Deren genaue Definition und Phasenabfolge erweisen sich jedoch als schwierig: Die Phasen können (idealerweise) aufeinander folgen, sie können aber auch in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, wobei einzelne Elemente der einen das Aufkommen anderer Elemente in nachfolgenden Phasen verhindern (Nohlen/Thibaut 1994: 198; Karl/Schmitter 1991: 270f.).

¹³ Vgl. zu diesem Absatz Eicher 1998, Kapitel 3.2 Demokratie und Kapitalismus, 72-78.

Für unsere Untersuchung von entscheidender Bedeutung ist die Konsolidierung,¹⁴ sie ist am schwierigsten zu bewältigen und zieht sich zeitlich am längsten hin. Die Konsolidierungsphase beginnt mit der Einsetzung einer demokratisch gewählten Regierung. Die Meinungen über die Vor- und Nachteile bestimmter Regierungs-, Wahl- oder Parteiensysteme gehen weit auseinander, in den semipräsidentiellen Systemen Osteuropas ist die Konsolidierung jedoch am wenigsten fortgeschritten (Linz 1993, 1993a; Lijphart 1993; Mainwaring 1993; Merkel 1996: 77-80; Merkel/Sandschneider/ Segert 1996: 25-9).

Nach Merkel (1995: 5; 1996: 12; 1997: 11) läßt sich die Konsolidierung als "Sequenz dreier ineinandergreifender Phasen" fassen, die sich in inhaltlicher wie zeitlicher Hinsicht vielfach überlagern und verschränken: die strukturelle Konsolidierung (Verfassung, Staatsorganisation, Rechtsstaatlichkeit), die repräsentative Konsolidierung (intermediäre Interessenvermittlung, insbesondere Parteien) und die zivilkulturelle "Konsolidierung einer Staatsbürgerkultur" (Merkel 1997: 11). In seinem neuesten Beitrag zur Systemwechselforschung ergänzt Merkel dieses Trio durch die Phase der Verhaltenskonsolidierung (1997: 11). Ebenso wie die Einteilung in drei Transformationsphasen ist auch diese Unterscheidung analytischer Art.

Notwendige Voraussetzung für den *langfristigen* Erfolg der Konsolidierung ist die Existenz einer nationalen Identität und sicherer territorialer Grenzen (Linz/Stepan 1996: 16-37; Plasser/Ullram/Waldrauch 1997: 41f.). Wenn es dagegen schwerwiegende Differenzen über das Recht auf Staatsbürgerschaft gibt oder die territorialen Grenzen des Staates umstritten sind, sprechen Linz und Stepan von einem "stateness problem" (1996: 16). Zu Beginn der Konsolidierung gewinnt die Anerkennung der ethnischen Identität Priorität vor allen anderen Konfliktlinien (Wolff-Poweska 1997: 25), auch vor klassen- und verteilungspolitischen Themen (Offe 1994: 137). Da es anders als bei sozioökonomischen Konflikten, wo Güter geteilt werden können, bei Identitätskonflikten um *scheinbar* unteilbare Werte geht, besteht die Gefahr der Herausbildung ethnozentristischer Freund-Feind-Muster. Ge genläufige Tendenzen, die die Entstehung multipler Identitäten begünstigen würden, stoßen aufgrund der fehlenden Konsolidierung und der prekären wirtschaftlichen Lage (noch) schnell an ihre Grenzen (Sapper 1997: 330). In ethnisch gespaltenen postkommunistischen Gesellschaften besteht daher

¹⁴ Zu den anderen Phasen und *modes* der Transformation vgl. u.a. Bos 1994; Bova 1991; Dix 1994; Eicher 1998; Huntington 1991/92; Karl/Schmitter 1991; Linz/Stepan 1996; Mainwaring 1992; Merkel et al. 1996; O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986; Przeworski 1991, 1992; Remmer 1991; Valenzuela 1992; von Beyme 1994; Waldrauch 1994; Windler 1994.

die Gefahr, daß zwar, verstärkt über neu gewonnene Partizipations-, Organisations- und Kommunikationsrechte, das Konfliktpotential wächst, aber die Fähigkeit der noch ungefestigten politischen Systeme zur Regulierung dieser Konflikte durch Herbeiführung kollektiv bindender Entscheidungen kraß überfordert wird (Offe 1994: 150f.). In konsolidierten Demokratien hingegen wird das Verhältnis zwischen Ethnien und Staat der Regulierung durch demokratische Mechanismen unterworfen (Schöpflin 1997: 7). Diese Erklärung läßt allerdings offen, warum es auch in konsolidierten Demokratien wie Frankreich und Großbritannien über längere Zeiträume hin ungelöste ethnopolitische Konflikte gab bzw. gibt. Wenn Konsolidierung daher von Sapper mit dem Aufbau neuer Konfliktregulierungsstrukturen verglichen wird (1997: 329ff.), so ist dies so zu verstehen, daß Konsolidierung zwar eine notwendige, keineswegs aber eine hinreichende Bedingung für ethnopolitische Konfliktregulierung darstellt. Weil politische Identitäten noch nicht fixiert sind und leicht instrumentalisiert werden können, wird insbesondere die Qualität demokratischer Institutionen zu einem entscheidenden Kriterium für den Erfolg der Konsolidierung (Linz/Stepan 1996: 35). Politische Institutionen werden zum *"missing link"* zwischen der systemischen Makro- und der handlungstheoretischen Mikroebene" (Merkel 1996: 74).

Nach Merkel/Sandschneider/Segert sind vor allem zwei Kriterien entscheidend für den Erfolg demokratischer Konsolidierung: "soziale und politische Inklusion" und "institutionelle Effizienz" (1996: 24-25), wobei dem Prinzip der Inklusion insbesondere bei ethnisch fragmentierten Gesellschaften Bedeutung zukommt (Merkel 1996: 97). Eine Konsolidierung in Staaten dieser Kategorie kann nur dann erfolgreich sein, wenn der Staat allen Bürgern "inclusive and equal citizenship" (Linz/Stepan 1996: 33-37) einschließlich voller Bürgerrechte zusichern kann. Der Faktor Inklusion läßt sich am "Modus politischer Entscheidung" (Merkel 1996: 95) in der idealtypischen Gegenüberstellung von Konsens- und Mehrheitsprinzip überprüfen. Der Faktor Effizienz ist operationalisierbar zum einen als 'Grad effizienter Kompetenzabgrenzung zwischen den einzelnen Staatsorganen' im Sinne einer funktionalen Grenzziehung zwischen Institutionen auf horizontaler Ebene (Rüb 1996: 63), zum anderen dahingehend, ob und inwieweit der politische Entscheidungsprozeß innerhalb der verfassungsgemäß dafür vorgesehenen Institutionen erfolgt (Rüb 1996: 62).

Der Erfolg eines Konsolidierungsprozesses ist keineswegs gewährleistet, dieser kann in jedem Stadium in unterschiedlichen Konstellationen zum Stillstand kommen bzw. sich wieder 'rückwärts' entwickeln. Eine der Hauptur-

sachen drohender Nichtkonsolidierung bzw. länger anhaltender Konsolidierungsblockaden könnte in den Auswirkungen bestimmter Staats- und Nationsbildungsstrategien liegen. Dieser Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Transformationsverlauf und seinem, unter bestimmten Voraussetzungen dominanten, ethnonationalen Element ist bis her weder von der Transformationstheorie noch von der Nationalismusforschung ausreichend untersucht worden (vgl. aber Linz/Stepan 1996: 401-433). Schlüsselfragen in diesem Zusammenhang sind:

- Welche spezifischen Staats- und Nationsbildungsstrategien sind mit einem positiven Konsolidierungsverlauf kompatibel, welche nicht, wo liegen die Bruchstellen und wo das für eine erfolgreiche Konsolidierung notwendige Minimum? Wie ist dieses inhaltlich definiert?
- Umgekehrt: Gibt es - innerhalb welchen Zeitrahmens - ein notwendiges Minimum demokratischer Konsolidierung, um Staats- und Nationsbildungsprozesse so ausrichten zu können, daß sie weitere Konsolidierungsfortschritte nicht ver-/behindern?
- Gibt es Entsprechungen zwischen bestimmten Typen von Konsolidierungsverläufen und spezifischen Nations- und Staatsbildungsstrategien?
- Und weitergehend: Reicht die konzeptionelle Fassung des Nationalisierungsverhaltens von Staaten als Nations- bzw. Staatsbildung überhaupt aus, um die Spezifik der heute wirkenden Nationalismen zu erfassen (Brubaker 1996: 10)?

2.1.5 Interaktionsebenen und Mehrebenen-'Spiele'

Nach Brubaker sind die drei zentralen Akteure in Konfliktkonstellationen um nationale Minderheiten die Mehrheit, die Minderheit und der Patronagestaat (1996: 4). Angesichts der Erweiterung des westlichen Integrationszusammenhangs treten EU und NATO als internationale Organisationen, die Aufnahmebedingungen stellen, als weitere Akteursgruppe hinzu.¹⁵ Die Interaktionsstruktur der an einem Mehrheit-Minderheit-Konflikt Beteiligten läßt

¹⁵ Dasselbe gilt im Prinzip für den Europarat und die OSZE. Da diese beiden Organisationen aber lediglich als "schwach bindend" (Rittberger 1994: 33) einzustufen sind, ihre Aufnahmebedingungen wenig bzw. kaum differenzieren und die Mitgliedschaft in ihnen kein Verhältnis komplexer Interdependenz herbeiführt, werden sie auf dieser Betrachtungsebene als *übergreifend wirksame Akteure* vernachlässigt.

sich damit in vier ineinandergreifenden Handlungs- und Kommunikations-ebenen darstellen:

- das *Mehrheit-Minderheit-Verhältnis* in dem jeweiligen Minderheitenstaat (Ebene I);
- das *bilateral-internationale Verhältnis* zwischen den Regierungen des Minderheitenstaates und des Patronagestaates (Ebene II);
- das *multilateral-internationale Verhältnis* zwischen den Regierungen des Minderheitenstaates bzw. des Patronagestaates und den westlichen Organisationen EU und NATO (Ebene III);
- das *transnationale Verhältnis*¹⁶ zwischen der Minderheit und ihrem Patronagestaat, insbesondere dessen Regierung (Ebene IV);

Weitere Interaktionsebenen - etwa die innenpolitische im Patronagestaat oder die transnationale zwischen verschiedenen Minderheiten derselben Nationalität - sind für unser Untersuchungsziel nicht von ausreichender Bedeutung, um ihre Aufnahme in ein sparsam zu haltendes Forschungsdesign zu rechtfertigen. Ausgehend von Putnams (1988) Konzept der 'win sets' ist in den vergangenen zehn Jahren eine breite Literatur zur Frage von Zwei- bzw. Mehrebenen-'Spielen' entstanden (Moravcsik 1993; Evans 1993; Zangl 1994, 1995), die zunehmend auch auf Anwendungsbeispiele verweisen kann (z.B. die Fallstudien in Evans/Jacobson/Putnam 1993; Patterson 1997). Ein 'win set' für eine bestimmte Ebene x bezeichnet die Menge aller möglichen Verhandlungsergebnisse auf Ebene y, die auf Ebene x politisch durchsetzbar ist (Putnam 1988: 437). Von Bedeutung für unsere Analyse ist, daß dieses Konzept mit den verschiedensten Theorien kombinierbar ist (Putnam 1988: 442). Ergänzt wird das Konzept des 'win set' durch das des 'acceptability set', das die Menge der von einem Akteur präferierten Verhandlungsergebnisse bezeichnet (Moravcsik 1993: 30). Über die Abweichungen zwischen 'win' und 'acceptability sets' können Präferenzdifferenzen von Regierung und Opposition und damit die Wirkungen von Koalitions- und Regierungswechseln konzeptionell erfaßt werden.

¹⁶ Unter transnationalen Beziehungen verstehen wir abweichend von der Definition von Kaiser (1969: 95ff.) nach Risse-Kappen regelmäßige Interaktionen über Staatsgrenzen hinweg, bei denen zumindest ein nichtstaatlicher Akteur beteiligt ist, der nicht im Auftrag einer nationalen Regierung oder einer internationalen Organisation handelt (1995: 3).

2.2 Vorarbeiten am IFSH

Probleme der *Konfliktprävention und des Konfliktmanagements* in den Transformationsstaaten *Mittel- und Osteuropas* sowie der GUS und die darauf bezogenen normativen, instrumentellen und politischen Lösungskapazitäten der KSZE/OSZE stellen seit Jahren den wichtigsten Forschungsschwerpunkt des IFSH dar.

Obwohl das IFSH eine eher praxisorientierte Ausrichtung aufweist, haben sich MitarbeiterInnen des Instituts in Forschung und Lehre mit der theoretischen Verarbeitung der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa und des darin eingeschlossenen (Wieder-)Auflebens alter und neuer Nationalismen beschäftigt. So hielt Gießmann im WS 1995/1996 und im WS 1996/1997 am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg Seminare zu den Themen "Demokratisierung in Ostmitteleuropa - Systemwechsel im Vergleich" und "Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Einflußnahme auf gesellschaftliche Transformationsprozesse", sowie im SS 1997 ein Seminar an der Adelphi-Universität, Garden City, New York, zu "Transition from Communism to Capitalism: The East German Phenomenon". Lutz hielt, ebenfalls im SS 1997, am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg ein Hauptseminar zum Thema "Gibt es eine Demokratie jenseits der Demokratie, wie wir sie kennen?" ab. Zellner/Dunay (1998) haben der Aufarbeitung von Nationalismustheorien ein Kapitel gewidmet. Eicher (1998) bietet einen Überblick über die Transitionstheorien sowie einen innovativen Rational-Choice-Ansatz unter Berücksichtigung politischer Kulturen.

Seit 1995 gibt das IFSH das "OSZE-Jahrbuch" heraus, das jeweils rund 30 Aufsätze aus erster Hand zur Lageentwicklung im OSZE-Raum, zu den Aufgaben, Instrumenten und Verfahren der OSZE sowie zu deren organisatorischer Entwicklung versammelt (IFSH 1995, 1996, 1997, 1998a). Die OSZE-Jahrbücher erscheinen mittlerweile auch in russisch und englisch (IFSH 1996a, 1997a, 1998). MitarbeiterInnen des Instituts haben zu einer Reihe *allgemeiner und spezifischer OSZE-Fragen* gearbeitet, darunter zur normativen und institutionellen Entwicklung der KSZE/OSZE (Jaberg 1998), zur Rolle der OSZE in einer europäischen Sicherheitsarchitektur (Lutz 1995, 1996, 1997), zur Frage des sicherheitspolitischen Zukunftspotentials der KSZE/OSZE (Jaberg 1992, 1998; Gießmann 1996), zu Demokratie als Gestaltungsaufgabe der OSZE (Gießmann 1996a) sowie zu den Positionen der einzelnen Teilnehmerstaaten der OSZE (Tudyka 1996). Darüber hinaus hat Tudyka ein OSZE-Handbuch erstellt (1997). Im WS 1997/1998 hielt Lutz am

Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg ein Hauptseminar zum Thema "Die OSZE - Organisation, Aktivitäten, Akteure" ab.

Die Herausgabe der OSZE-Jahrbücher wäre nicht möglich ohne ein weitgespanntes internationales Kooperationsnetz sowohl zu einschlägig arbeitenden WissenschaftlerInnen als auch zu den verschiedenen Einrichtungen der OSZE (Sekretariat, BDIMR, HKNM). Sowohl die OSZE als auch der Bundesaußenminister und die zuständigen Abteilungen des Auswärtigen Amtes haben über die Jahre hinweg das "OSZE-Jahrbuch" wesentlich unterstützt. Diese verdichtete Zusammenarbeit schlug sich in einer Reihe von Veranstaltungen nieder, darunter einem Vortrag des amtierenden Hohen Kommissars, van der Stoep (1997), im März 1997 und einem Round Table-Gespräch zum Thema "Evaluating the state of the OSCE: interlocking institutions, longterm missions, internal structure" im Oktober 1997, das in Zusammenarbeit mit dem European Centre for Minority Issues (Flensburg) und dem Kulturwissenschaftlichen Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Essen) durchgeführt wurde und WissenschaftlerInnen mit OSZE-Praktikern zusammenbrachte.

Auf dem Gebiet der *Konfliktregulierung* entstanden neben konzeptionellen Überlegungen zu Konfliktprävention und nichtmilitärischen Konfliktlösungen (Jaberg 1994; Jaberg/Klingenburg/Mutz 1994; Klingenburg 1994; Schlichting 1994) Arbeiten zum Zusammenhang von Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenrechten (Heintze 1994) sowie zu den aktuellen Aufgaben bzw. Defiziten der OSZE auf dem Gebiet präventiver Diplomatie (Kreikemeyer 1995; Gießmann 1996). Unter den *spezifischen Feldern der Konfliktregulierung* fanden insbesondere die Frage der Bedeutung des OSZE-Gerichtshofs (Lutz 1995a, Lutz/Zagorski 1996) sowie Konzeptionen des Einsatzes internationaler Polizei Beachtung; zu beiden Themen wurden Projekte eingeleitet. Die politischen Bemühungen der EU und der OSZE, durch einen Stabilitätspakt für Europa zur Regulierung von Minderheitenproblemen und Nachbarschaftskonflikten beizutragen, wurden von Mitarbeitern des IFSH ebenso verfolgt (Ehrhart 1996; Dunay/Zellner 1996) wie die Folgeinitiativen SECI (Southeast European Cooperative Initiative) und Royaumont-Prozeß (Ehrhart 1998a). An der Schwelle von der nichtmilitärischen zur militärischen Konfliktregulierung entstand eine Reihe von Arbeiten zur Problematik *friedenserhaltender Einsätze*. Dazu zählen neben konzeptionellen Arbeiten (Lutz 1993; Ehrhart/Klingenburg 1994; Klingenburg/Schnabel 1997) Analysen nationaler Interessenlagen an Peacekeeping-Einsätzen (Ehrhart/Haglund 1995; Ehrhart 1996a) sowie die Untersuchung

von friedenserhaltenden Einsätzen durch bestimmte Akteure (Kreikemeyer 1994) bzw. in bestimmten Regionen (Ehrlhart/Klingenburg 1996).

Damit ist das Projektvorhaben in eine Reihe anderer Arbeiten am IFSH eingebunden, die jeweils verschiedene Aspekte von Konfliktprävention und -management in bezug auf den seit 1989/1990 im OSZE-Raum vorherrschenden Typ primär innerstaatlich bedingter Konflikte untersuchen.

Auf dem Gebiet der *Länder- und area-Analysen* ist übergreifend das "Handbuch Sicherheit" (Gießmann/Schlichting 1995; Gießmann 1997/ 1998) zu nennen, das für mittel- und osteuropäische Staaten (Gießmann 1995, 1997/1998a, 1997/1998b; Eicher 1997/1998) bzw. den GUS-Raum (Schlichting 1995) sicherheits- und militärpolitische Basisanalysen erstellt. Darüber hinaus haben die Mitglieder der *"Arbeitsgruppe GUS und europäische Sicherheit"* (Leitung: Ehrlhart) in den vergangenen Jahren eine Reihe von Projekten zur Gesamtproblematik als auch zu einzelnen Ländern, insbesondere zur *Ukraine*, durchgeführt. Zu nennen sind hier Arbeiten zum GUS-Raum als Spannungsfeld zwischen Integration und Renationalisierung (Ehrlhart/Kreikemeyer/Zagorski 1993), zum Krisenmanagement innerhalb der GUS (Ehrlhart/Kreikemeyer/Zagorski 1995) und zur russischen Politik in bewaffneten Konflikten innerhalb der GUS (Kreikemeyer/Zagorski 1997). Bezüglich der Ukraine wurden westliche Politikansätze (Ehrlhart 1997), die Westorientierung der ukrainischen Sicherheitspolitik (Kustschow 1997) bzw. übergreifend die internationale Kooperation mit der Ukraine untersucht (Ehrlhart/Thränert 1998). Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt lag auf dem *süd-slawischen Raum*, beginnend mit der Untersuchung der Rolle von UNO und NATO (Karadi/Klingenburg 1995; Ehrlhart/ Klingenburg 1996) und des OSZE-Krisenmanagements im Balkankrieg (Klingenburg 1995) sowie des westlichen Handlungszusammenhangs insgesamt (Mutz 1996) über die Analyse des Friedensabkommens von Dayton (Karadi/Klingenburg 1996; Karadi 1997) bis hin zu einer Gesamtdarstellung der südslawischen Auflösungskriege und der Regulierungsversuche der verschiedenen Instanzen der internationalen Gemeinschaft (Karadi/ Klingenburg 1999). Im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts untersuchte Zellner zusammen mit dem externen Kooperationspartner Dunay die *ungarische Außenpolitik* im Spannungsfeld zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik (Zellner 1993; Zellner/Dunay 1995, 1998). Dabei lag der Schwerpunkt der Analyse der Nachbarschaftsbeziehungen auf Rumänien und der Slowakei. Eicher und Zellner halten im Wintersemester 1998/1999 am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg eine Übung zum Thema "Mehrheit-Minderheit-Konflikte in Mittel- und

Osteuropa: Theorieansätze und Fallbeispiele (ungarische Minderheiten in Rumänien und der Slowakei / russische Minderheiten in Estland und Lettland)" ab.

Insgesamt konnten MitarbeiterInnen des IFSH in den vergangenen Jahren beträchtliche Expertise über mittel- und osteuropäische Länder bzw. den GUS-Raum erwerben und dort ein ausgedehntes Netz von Kooperationspartnern etablieren. Mit Rußland, der Ukraine, Ungarn, Rumänien, der Slowakei, Albanien und dem post-jugoslawischen Raum betrifft dies das Gros jener Länder, in denen wir die Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes untersuchen wollen.

3. Ziele und Arbeitsprogramm

Eine *Voraussetzung* des Projekts besteht in der Analyse der Prinzipien, Normen, Regeln und Verfahren des OSZE-Minderheitenregimes, dessen Bezug zu anderen normativen und instrumentellen Elementen im OSZE-Kontext, insbesondere der sicherheitspolitischen Dimension, sowie der Verbindung und Abgrenzung zu anderen Minderheitenregimen, etwa dem des Europarates. Dabei ist insbesondere die Präzedenz setzende Interpretation des Mandats des Hohen Kommissars durch die Praxis des Amtsinhabers (seit 1993 Max van der Stoep¹⁷) zu berücksichtigen. Auf dieser Grundlage soll zum einen eine Konsistenzanalyse des Regimes durchgeführt werden, wobei eine hohe innere Regimekonsistenz als ein Indikator für Regimestärke bzw. -effizienz gelten kann (Breitmeier/Wolf 1993: 347). Zum anderen soll eine Wertstrukturanalyse der Prinzipien, Normen und Regeln des OSZE-Minderheitenregimes, die der in Abschnitt 2.1.3 "Nationalismustheorien" entwickelten Klassifizierung folgt, die Grundlage für einen Vergleich der spezifischen Präferenzstrukturen des Regimes, der Mehrheit und der Minderheit legen.

3.1 Ziele

Das empirische Ziel des Projekts besteht zum einen in der Untersuchung der Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes anhand der Umsetzung der Empfehlungen des HKNM, zum anderen in der Plausibilitätsüberprüfung der aufgrund der theoretischen Überlegungen aufgestellten Hypothesen. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1993 bis 2000. Untersucht werden sollen sechs der 13 Fälle, in denen der HKNM bisher tätig war, nämlich russische Minderheiten in Estland, Lettland und der Ukraine¹⁸, die albanische Minderheit in Mazedonien und ungarische Minderheiten in Rumänien und der Slowakei. Für diese Fallauswahl spricht - sowohl hinsichtlich der Beschränkung als auch der Einbeziehung - eine Reihe inhaltlicher und methodischer Kriterien.

¹⁷ Die Amtszeit van der Stoeps wurde am 2. Juli 1998 vom Ständigen Rat der OSZE über die im Mandat vorgesehenen zwei Amtsperioden von jeweils drei Jahren um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 1999 verlängert. Wie sein Nachfolger das Mandat handhaben wird und ob sich dabei Veränderungen zur bisherigen Ausrichtung ergeben, wird zu beobachten sein.

¹⁸ Die Tätigkeit des HKNM in der Ukraine konzentriert sich auf die Krim. Einige seiner schriftlichen Empfehlungen beziehen sich auf Probleme der krimtatarischen Minderheit, betreffen aber im Gesamtkontext des Krimkonflikts mittelbar auch die Russen in der Ukraine.

Für die *Beschränkung auf sechs Länder* sprechen neben forschungsökonomischen vor allem methodische Gründe: Die Fälle Serbien/Kosovo bzw. Serbien/Vojvodina können derzeit nicht in die Untersuchung einbezogen werden, da die OSZE-Mitgliedschaft der BR Jugoslawien suspendiert ist und der HKNM dort bisher nicht tätig werden konnte, weil er keine Einreiseerlaubnis erhielt. Albanien (griechische Minderheit) und Kroatien (v.a. serbische Minderheit) würden unsere Untersuchung mit zwei weiteren Minderheitenstaat-Patronagestaat-Beziehungen belasten. Litauen und Moldau besuchte der HKNM jeweils nur ein einziges Mal und gab keine schriftliche Empfehlung ab. Ungarn scheint weniger wegen der Probleme der dort ansässigen slowakischen Minderheit, sondern eher wegen der Erfordernisse reziproker Diplomatie einbezogen worden zu sein. Gegen die Einbeziehung von Kasachstan und Kirgisistan sprechen Zweifel an der Vergleichbarkeit aufgrund der unterschiedlichen kulturell-historischen Bedingungen.

Für die *Auswahl der sechs Fälle* spricht eine Reihe politischer, methodischer und theoretischer Gesichtspunkte:

- Externe russische und albanische Minderheiten repräsentieren die aktuelle politische Schwerpunktsetzung des HKNM (IFSH 1997), externe ungarische Minderheiten einen wesentlichen Schwerpunkt der KSZE zum Zeitpunkt der erstmaligen Befassung des HKNM mit dieser Frage 1993 (Zaagman 1994: 172). Dies deckt sich mit der in der Literatur damals bzw. aktuell vertretenen Einschätzung der sicherheitspolitischen Brisanz der externen ungarischen (Brown 1992: 404; Schöpflin 1993: 1) bzw. albanischen (Brunner 1996: 159) und russischen (Brubaker 1996: 108) Minderheiten. Daß die mit den ungarischen Minderheiten verbundenen Probleme insbesondere wegen der innenpolitischen Verhältnisse in der Slowakei bis zum Regierungswechsel im Herbst 1998 und der Möglichkeit eines Rückschlags in Rumänien trotz der Grundlagenverträge dieser beiden Länder mit Ungarn noch keineswegs als 'gelöst' betrachtet werden können, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß der HKNM in keinem dieser beiden Länder seine Arbeit beendet hat.
- *Methodisch* gesehen sind wenigstens *drei Fallgruppen* als hinreichende Basis für eine vergleichende Fallstudie erforderlich. Denn da den Fallgruppen ein wesentliches Merkmal, nämlich der Patronagestaat, gemeinsam ist, können alle Vergleiche, die dieses Merkmal berühren, nur zwischen den drei Fallgruppen und nicht zwischen den sechs Fällen durchgeführt werden.

- Zur empirischen *Plausibilitätsüberprüfung* der im Ergebnis der *theoretischen Überlegungen* gewonnen Hypothesen ist erforderlich, daß deren unabhängige Variablen hinreichend variieren:
 - *Relative Stärke der Minderheit*. Die von uns ausgewählten Fälle repräsentieren mit 10,1 bzw. 7,1 Prozent¹⁹ für Rumänien (1992), 14,6 bzw. 10,8 Prozent für die Slowakei (1991), 27,3 bzw. 22,1 Prozent für die Ukraine (1989)²⁰, 33,6 bzw. 23,1 Prozent für Mazedonien (1994), 38,5 bzw. 30,3 Prozent für Estland (1989) und 48 bzw. 34,0 Prozent für Lettland (1989) das gesamte Spektrum der von Brunner so genannten "Nationalitätenstaaten" (1996: 44, 178, 181, 184, 189, 196).
 - *Neukonstitution von Staat und Nation*. Bei fünf unserer sechs Fälle geht es um (unterschiedlich gelagerte) Prozesse der Neu- bzw. Rekonstitution von Staat und Nation, lediglich bei Rumänien ist dies nicht der Fall.
 - *Charakter des Hauptproblems*. Während bei Estland, Lettland und der Ukraine Probleme der Staatsbildung am konfliktrüchigsten zu sein scheinen (hier vorgenommene Einstufungen greifen der Untersuchung nicht vor), scheinen in den anderen drei Fällen Probleme der Nationsbildung im Vordergrund zu stehen.
 - *Grad demokratischer Konsolidierung*. Unter den sechs *Minderheitenstaaten* ist ein breites Spektrum unterschiedlicher Grade demokratischer Konsolidierung zu beobachten - von den beiden baltischen Staaten bis zu Mazedonien und der Ukraine. Unter den drei *Patronagestaaten* scheint der Grad demokratischer Konsolidierung lediglich in Ungarn hoch, in Albanien und Rußland (sehr) niedrig zu sein.
 - *Machtüberlegenheit des Patronagestaats*. Rußland repräsentiert einen im Verhältnis zu den jeweiligen Minderheitenstaaten überlegenen, Albanien und Ungarn einen (grob) gleich starken Patronagestaat.
 - *Integrationschancen*. Unsere Fälle repräsentieren ein breites Spektrum von Integrationschancen in EU und NATO. Bei den *Minderheitenstaaten* steht Estland an der Spitze (Einladung zu EU-Beitrittsverhandlungen), gefolgt von den Ländern mit Assoziationsbeziehungen (Lettland, Rumänien, Slowakei) sowie Mazedonien und der Ukraine als Staaten, zu denen Kooperationsbeziehungen bestehen. Die baltischen Staaten und

¹⁹ Die erste Zahl gibt den Bevölkerungsanteil aller Minderheiten, die zweite den Anteil der albanischen, russischen oder ungarischen Minderheit in dem jeweiligen Land an.

²⁰ Aufgrund der komplexen Identitätsverhältnisse in der Ukraine, die einige Minderheiten wie auch Teile der Titularnation betreffen, ist eine verlässliche Quantifizierung der russischen Minderheit bis zur für 1999 geplanten gesamtukrainischen Volkszählung problematisch (Pirie 1996; Kuzio 1996).

Rumänien sind als Kandidaten für die zweite Runde der NATO-Erweiterung namentlich benannt. Bei den *Patronagestaaten* reicht das Spektrum von sehr guten Integrationschancen (Ungarn) über privilegierte (Rußland) bis hin zu einfachen (Albanien) Kooperationsbeziehungen.

Um die Möglichkeiten und Grenzen präventiver Konfliktbearbeitung unter ausreichend variierenden Bedingungen besser zu verstehen, ist die Bearbeitung der sechs genannten Fälle in ihren drei Fallgruppen erforderlich.

Die Untersuchung der Wirksamkeit eines Regimes erfordert *erstens* die Identifizierung von Übereinstimmungen bzw. Ähnlichkeiten zwischen den Regeln des Regimes und staatlichem Handeln. Werden Entsprechungen festgestellt, wirft dies *zweitens* die Frage auf, ob das staatliche Handeln tatsächlich von den Regeln des Regimes oder von anderen Faktoren beeinflusst worden ist (Nollkaemper 1992: 64). *Drittens* ist nicht nur eine Überprüfung der Einhaltung der Regeln des Regimes, sondern auch der übergeordneten Frage erforderlich, inwieweit die mit dem Regime verbundenen Präventions- und Stabilitätsziele erreicht werden konnten (Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997: 2). Die Untersuchung der ersten Stufe macht es erforderlich, in jedem der sechs Fälle über den gesamten Untersuchungszeitraum hin die Empfehlungen des HKNM und das jeweilige staatliche Handeln nach der einheitlichen Klassifizierung unserer Präferenzstruktur (vgl. 2.1.3) detailliert zu vergleichen. Die zweite und dritte Fragestellung verlangen eine Prozeßanalyse, die den innenpolitischen Prozeß in den entsprechenden Ländern, *alle* darauf gerichteten Aktivitäten des HKNM (also auch Seminare etc.) und ggf. auch andere OSZE-Aktivitäten ebenso einschließt wie den politischen Prozeß zwischen Minderheiten- und Patronagestaat. Zusammen bildet dies den *ersten Teil des empirischen Anteils* des Projekts.

Das theoretische Ziel des Projekts besteht in dem Versuch, die festgestellte Effizienz bzw. Nicht-Effizienz des Regimes zu erklären, indem Faktoren identifiziert werden, die die Einhaltung bzw. Nicht-Einhaltung der Regime-regeln durch staatliche Akteure erklären (Nollkaemper 1992: 64). Dabei werden wir in folgenden, aufeinander aufbauenden Analyseschritten vorgehen:

- Wir gehen davon aus, daß sowohl die Strategien von Mehrheit und Minderheit als auch das OSZE-Minderheitenregime eine je spezifische ethno-politische Präferenz- bzw. Wertstruktur repräsentieren. Die Widersprüche

zwischen den Präferenzstrukturen von Mehrheit und Minderheit konstituieren das ethnopolitische Konfliktpotential, die Präferenzstruktur des OSZE-Minderheitenregimes ein mögliches, durch den HKNM flexibel handhabbares Lösungsangebot. Unsere *präferenzstrukturelle Grundhypothese* besagt, daß sich aus den Übereinstimmungen und Differenzen zwischen den drei Präferenzstrukturen Anhaltspunkte zur Erklärung der Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes gewinnen lassen.

- In einem zweiten Schritt wollen wir überprüfen, ob und inwieweit ethnopolitische Präferenzstrukturen und deren politisch-taktische Instrumentalisierung durch bestimmte Akteursgruppen von Fortschritten des Transformationsprozesses und insbesondere der verschiedenen Phasen demokratischer Konsolidierung beeinflußt werden. Unsere *Ausgangshypothese* ist hier, daß mit fortschreitender Konsolidierung zunächst der Spielraum für taktische Instrumentalisierung von Präferenzstrukturen sinkt, während in späteren Phasen der Spielraum für die Veränderung der Präferenzstruktur selbst steigt.
- In einem dritten Schritt untersuchen wir auf internationaler Ebene den Einfluß asymmetrischer Interdependenzbeziehungen auf die Entwicklung von Mehrheit-Minderheit-Konflikten, wobei wir zwischen nicht-komplexer Interdependenz im Sinne klassischer Machtüberlegenheit des Patronagestaates und komplexer Interdependenz auf der Grundlage vertiefter Kooperation bzw. Integration mit bzw. in EU und NATO unterscheiden. Unsere *Ausgangshypothese* ist hier, daß von komplexen Interdependenzbeziehungen stärkere Wirkungen auf Mehrheit-Minderheit-Konflikte ausgehen als von nicht-komplexen, wobei die jeweilige Konstellation der verschiedenen Interdependenzbeziehungen zu berücksichtigen ist.
- In einem vierten Schritt wollen wir den (relativen) Einfluß transnationaler Kommunikationsprozesse zwischen Minderheit und Patronagestaat auf das innerstaatliche Mehrheit-Minderheit-Verhältnis überprüfen. Unsere *Ausgangshypothese* dabei ist, daß die relative Dichte des transnationalen Kommunikationsprozesses, der Grad der demokratischen Konsolidierung des Patronagestaates und der relative Abstand zwischen den von Patronagestaat und Minderheit kommunizierten Präferenzmustern zu denen der Mehrheit des Minderheitenstaates Anhaltspunkte für eine konfliktverschärfende bzw. -mindernde Wirkung transnationaler Kommunikationsprozesse auf das innerstaatliche Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit liefern kann. Ungeachtet ihrer großenteils fehlenden theoretischen Fundierung scheinen uns diese Zu-

sammenhänge interessant genug, um sie in den Forschungsplan aufzunehmen.

Die übergreifende theoretische Fragestellung ist, in welchem Verhältnis diese verschiedenen Erklärungsdimensionen stehen bzw. wie sie sich wechselseitig bedingen. Der Versuch einer Antwort macht es erforderlich, eine Reihe von Hypothesen zu formulieren, zu operationalisieren und im Sinne einer Plausibilitätsprobe zu testen (Eckstein 1975: 97-108), zunächst eindimensional, dann verbunden über Mehrebenen-'Spiele' (vgl. 2.1.5). Darin besteht der *zweite Teil des empirischen Anteils* des Projekts. Indem auf der Grundlage der empirischen Überprüfung verschiedene Teiltheorien besser verbunden und Parameter für neu zu schaffende Theorieteile präzisiert werden, soll ein Beitrag zum besseren Verständnis der Wirksamkeit sicherheitsorientierter Minderheitenregime geleistet werden.

Auf der Grundlage der empirischen Analyse und der theoretischen Erklärungsversuche der Wirksamkeit bzw. Nicht-Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes sollen *Politikempfehlungen* ausgearbeitet werden. Diese können die Interpretation und den Einsatz des vorhandenen Instrumentariums, die weitere normative Ausgestaltung des Regimes und die Weiterentwicklung des Mandats des HKNM, aber auch das Zusammenwirken mit anderen Präventionsinstrumenten (u.a. der OSZE) betreffen.

3.2 Arbeitsprogramm

Da die Kategorien der empirischen Analyse von theoretischen Überlegungen abhängen und der zweite Teil des empirischen Anteils des Projekts in der Plausibilitätsüberprüfung theoretisch begründeter Hypothesen besteht, beginnen wir im Arbeitsprogramm mit der theoretischen Konstruktion von Variablen für die innenpolitische Ebene (3.2.1). In einem zweiten Schritt bilden wir unabhängige Variablen für die bilaterale, multilaterale und transnationale Ebene und stellen Hypothesen für Wirkungszusammenhänge zwischen unabhängigen und abhängigen Variablen auf verschiedenen Ebenen auf (vgl. 3.2.2).

3.2.1 Variablen auf der innenpolitischen Ebene

Die innenpolitische Ebene ist für unsere Untersuchung von zentraler Bedeutung, weil sich hier die ethnopolitischen Präferenzstrukturen der Akteure

formieren, die das Konfliktpotential konstituieren und weil nur auf dieser Ebene Lösungen realisiert bzw. die Bestimmungen des OSZE-Minderheitenregimes umgesetzt werden können. Deswegen benötigen wir als Ausgangspunkt ein innenpolitisches Konfliktstrukturmodell, das das aus der Differenz der ethnopolitischen Präferenzraster von Mehrheit und Minderheit resultierende *Konfliktpotential* mit dem sich im Verlauf des Transformationsprozesses verändernden Konfliktlösungspotential in Beziehung setzt.

Moravcsik hat zwar die Priorität von Präferenzstrukturen für das internationale Handeln staatlicher Akteure theoretisch begründet, aber bisher nicht mit einem innenpolitischen Konfliktstrukturmodell verbunden. Um zu einem solchen *ethnopolitischen Konfliktstrukturmodell* zu kommen, schließen wir mit Risse-Kappens *allgemeinem innenpolitischen Konfliktstrukturmodell* (1991, 1995) an die präferenzstrukturellen Überlegungen von Moravcsik an und spezifizieren dieses Modell für die ethnopolitische Dimension. Risse-Kappen unterscheidet zwischen drei Faktorengruppen (1995: 21-23):

- Die *Struktur der Gesellschaft* hinsichtlich des Grades sozialer Fragmentierung und Mobilisierung mit der idealtypischen Ausprägung 'starker' und 'schwacher' Gesellschaften verstehen wir als unabhängige Variable, die das allgemeine gesellschaftliche Konfliktpotential repräsentiert.
- Die Art des *gesellschaftlich-politischen Verbindungs- und Koalitionsbildungsmechanismus*, mit den Ausprägungen konsensuell vs. polarisiert, verstehen wir als unabhängige Variable, die das allgemeine politische Konfliktregulierungspotential repräsentiert.
- Die *Struktur der politischen Institutionen* hinsichtlich des Grades ihrer Zentralisierung (zentralisiert vs. fragmentiert), also den Grad der Staatsstärke, betrachten wir als intervenierende Variable, die die Durchsetzungsmöglichkeiten des Zentralstaates gegenüber der Gesellschaft repräsentiert.

Die Fruchtbarkeit dieses Ansatzes liegt in der Weiterentwicklung des Konzepts der Staatsstärke (zuerst Katzenstein 1976) durch dessen Verbindung mit der gesellschaftlichen und politischen Konfliktstruktur in einer Weise, die prozeßorientiert erklären läßt, "how political systems respond to societal demands" (Risse-Kappen 1991: 484). Die abhängige Variable, die das Verhältnis zwischen Problem- und Lösungspotential ausdrückt, bezeichnen wir als '*allgemeine(s) Konfliktregulierungsniveau bzw. Konfliktregulierungsstabilität*'.

Der unabhängigen Variable '*allgemeine gesellschaftliche Fragmentierung und Mobilisierung*' als Maß des allgemeinen gesellschaftlichen Konfliktpotentials entspricht die unabhängige Variable '*ethnopolitische Fragmentierung und Mobilisierung*' als Maß des ethnopolitischen Konfliktpotentials. Da der Prozeß der zivilkulturellen Konsolidierung die Konfliktgenese, -formierung und -formulierung im gesellschaftlichen Raum wesentlich bestimmt, messen wir die unabhängige Variable '*allgemeine gesellschaftliche Fragmentierung und Mobilisierung*' anhand des Grades zivilkultureller Konsolidierung.

Die Variable '*ethnopolitische Fragmentierung*' bestimmen wir als Abstand zwischen den ethnopolitischen Präferenzrastern, d.h. den Staats- und Nationsbildungsstrategien der Mehrheit und der Minderheit; je größer diese Differenz, desto höher der Grad ethnopolitischer Fragmentierung.²¹ Da der Mobilisierungsgrad von Minderheit²² und Mehrheit nicht automatisch aus bestimmten Staats- und Nationsbildungsstrategien folgt (Brubaker 1996: 166-167), sondern eine Funktion *aller* jeweiligen Handlungsoptionen auf der Grundlage kollektiver Lernprozesse ist, ist die Variable '*ethnopolitische Fragmentierung*' um die Größe der Minderheit und den empirisch festzustellenden Mobilisierungsgrad von Minderheit und Mehrheit zu qualifizieren.

Das allgemeine gesellschaftliche Konflikt*lösung*spotential erfassen wir über die unabhängige Variable '*demokratische Konsolidierung*' mit den Ausprägungen strukturell und repräsentativ, das spezifisch ethnopolitische Konflikt*lösung*spotential über die unabhängige Variable '*ethnopolitische Integration der Minderheit*'²³. Zwischen den beiden Fragmentierungs-Variablen wie auch zwischen den Variablen '*demokratische Konsolidierung*' und '*ethnopolitische Integration der Minderheit*' bestehen Wechselwirkungen.

²¹ 'Ethnische Fragmentierung' ist einerseits eine abhängige Variable, läßt sich aber andererseits auch (als input in ein innenpolitisches Konfliktstrukturmodell) als unabhängige Variable verstehen, so daß wir diese Variable je nach Untersuchungsfrage als abhängige bzw. unabhängige behandeln.

²² Der Grad der Mobilisierung einer Minderheit läßt sich z.B. als Verhältnis der für die Parteien dieser Minderheit abgegebenen Wählerstimmen zu den Wahlberechtigten dieser Minderheit oder als relative Mitgliederstärke von Minderheitenorganisationen operationalisieren.

²³ Vorläufige Operationalisierung der Variable '*ethnopolitische Integration der Minderheit*': hoch: dauerhafte Kooperation Mehrheit-Minderheit in Regierung und/oder Opposition, Institutionalisierung der Kooperation Regierung-Minderheit; mittel: gelegentliche Kooperation Mehrheit-Minderheit in Regierung und/oder Opposition, schwache Institutionalisierung der Kooperation Regierung-Minderheit; niedrig: politische Isolierung Minderheit, Fehlen institutionalisierter Kooperation Regierung-Minderheit.

Die abhängige Variable '*ethnopolitisches Konfliktregulierungsniveau*' bzw. nach dem Filter durch die intervenierende Variable '*Staatsstruktur*' die '*ethnopolitische Konfliktregulierungsstabilität*' messen wir in denselben Kategorien, die in die Definition des ethnopolitischen Konfliktpotentials eingehen, nämlich in der Fähigkeit eines politischen Systems, Maßnahmen graduell bzw. substantiell differenzierenderer Nationsbildung zu realisieren.

Abb. 2: *Allgemeines und ethnopolitisches Konfliktstrukturmodell*

	Allgemeine Konfliktregulierung	Ethnopolitische Konfliktregulierung
Unabhängige Variablen	Allgemeine Struktur der Gesellschaft <i>Gesellschaftliche Fragmentierung und Mobilisierung (ideologisch/politisch)</i> (hohe/niedrige Fragmentierung = schwache/ starke Zivilgesellschaft) (Maß für allgemeines gesell. Konfliktpotential)	Ethnopolitische Struktur der Gesellschaft <i>Ethnopolitische Fragmentierung und Mobilisierung</i> (gemessen in: Abstand der Nations-/Staatsbildungsstrategien von Mehrheit und Minderheit + Größe Minderheit + Mobilisierungsgrad Mehrheit und Minderheit) (Maß für ethnopolitisches Konfliktpotential)
	Allgemeiner gesellschaftlich-politischer Verbindungs- und Koalitionsbildungsmechanismus <i>Demokratische Konsolidierung (strukturelle + repräsentative Konsolidierung)</i> (Maß für allgemeines Konfliktlösungspotential)	Spezifisch ethnopolitischer Verbindungs- und Koalitionsbildungsmechanismus: <i>Ethnopolitische Integration</i> (Maß für ethnopolitisches Konfliktlösungspotential)
Abhängige Variable, roh	Allgemeines Konfliktregulierungsniveau	Ethnopolitisches Konfliktregulierungsniveau
Intervenier. Variable	Staatsstruktur / politische Institutionen (Zentralisierung vs. Fragmentierung)	
Abhängige Variable	Allgemeine Konfliktregulierungsstabilität	Ethnopolitische Konfliktregulierungsstabilität

Für die intervenierende Variable '*Staatsstruktur*' mit den idealtypischen Ausprägungen zentralistisch und dezentral nehmen wir an, daß eine dezentral

trale Staatsstruktur größere Partizipationschancen eröffnet, die die ethnopolitische Konfliktregulierungsstabilität wachsen lassen, während eine zentralistische Staatsstruktur die Konfliktregulierungsstabilität tendenziell senkt.²⁴ Wir bezeichnen das ethnopolitische Konfliktregulierungsniveau bzw. die Konfliktregulierungsstabilität als niedrig, wenn es lediglich Maßnahmen akuten Krisenmanagements zuläßt, als mittel, wenn es Maßnahmen graduell inklusiverer Staats- und graduell differenzierenderer Nationsbildung, sowie als hoch, wenn es Maßnahmen substantiell inklusiverer Staats- und substantiell differenzierenderer Nationsbildung zuläßt. Insgesamt verfügen wir damit über einen Analyserahmen (vgl. Abb. 2), dessen abhängige Variablen (Konfliktregulierungsniveau bzw. -stabilität) das Verhältnis zwischen allgemeinem bzw. ethnopolitischem Konfliktpotential und den zur Verfügung stehenden Lösungskapazitäten widerspiegeln.

3.2.2 Hypothesen innerhalb von und zwischen Ebenen

Im folgenden formulieren wir unsere Annahmen zentraler kausaler Zusammenhänge in Form von Hypothesen. Da sich die Hypothesen auf unterschiedliche und teils konfligierende Annahmen stützen, sind sie teilweise selbst widersprüchlich. Da wir uns aber nicht von vornherein auf Hypothesen beschränken wollen, die unserem Vorverständnis am ehesten entsprechen - dies würde den Erklärungsradius der Studie zu früh beschränken -, ist diese Widersprüchlichkeit bewußt in Kauf genommen.

Präferenzstrukturelle Ausgangshypothese

H.1: Je geringer/größer die Differenz zwischen den ethnopolitischen Präferenzrastern von Mehrheit und Minderheit, desto größer/geringer ist die Wahrscheinlichkeit, daß das OSZE-Minderheitenregime bzw. die Empfehlungen des HKNM, die ein spezifisches Präferenzraster repräsentieren, wirksam werden.

²⁴ Zumindest auf dem Papier stellen alle sechs Fälle zentralistisch organisierte Staaten dar mit der Folge, daß die intervenierende Variable für unsere Untersuchung folgenlos bliebe. Da wir aber in einigen Fällen Zweifel an der Fähigkeit der Staaten haben, zentral gefaßte Entscheidungen real durchzusetzen, behalten wir die intervenierende Variable Staatsstruktur zunächst bei. Zur Abkürzung sprechen wir im folgenden meist lediglich von ethnopolitischem Konfliktregulierungsniveau.

Von dieser allgemeinen Ausgangshypothese aus läßt sich eine präferenzstrukturelle worst case-Annahme formulieren, die die Wahrscheinlichkeit der Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes minimiert:

H.1 (a): Wenn die ethnopolitischen Präferenzraster von Mehrheit und Minderheit in keiner ihrer drei Dimensionen in dieselbe Richtung zielen, ist die Wahrscheinlichkeit niedrig, daß das spezifische ethnopolitische Präferenzraster, das durch das OSZE-Minderheitenregime und die Empfehlungen des HKNM repräsentiert wird, wirksam werden kann.

Als notwendige, keineswegs aber hinreichende Bedingung für die Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes und die Umsetzung der Empfehlungen des HKNM postulieren wir:

H.1 (b): Die Wahrscheinlichkeit, daß das OSZE-Minderheitenregime wirksam wird und die Empfehlungen des Hohen Kommissars umgesetzt werden, steigt, wenn die ethnopolitischen Präferenzraster von Mehrheit, Minderheit und OSZE/HKNM zumindest in einer Dimension in dieselbe Richtung weisen.

Alle folgenden Kernhypothesen (2 bis 7) und abgeleiteten Hypothesen sind dadurch auf die präferenzstrukturelle Ausgangshypothese bezogen, daß sie Zusatzbedingungen formulieren, die direkt oder indirekt auf die ethnopolitischen Präferenzraster von Mehrheit und Minderheit und damit auf das ethnopolitische Konfliktpotential einwirken.

Hypothesen zur innenpolitischen Ebene (I)

Fünf der von uns untersuchten Minderheitenstaaten sind aus dem Zerfall der multi-/binationalen Föderationen hervorgegangen. In diesen Fällen muß zusätzlich zu dem ohnehin schon komplexen Transformationsprozeß die Neukonstituierung von Staat und Nation bewältigt werden mit der Folge, daß es zu überdurchschnittlichen Problemen bei der demokratischen Konsolidierung kommt (Segert 1997: 88). Angesichts der Schwäche von Staat und Zivilgesellschaft orientiert sich die Neukonstituierung von Staat und Nation stärker an ethnopolitischen Kriterien (Schöpflin 1997: 9-10), die Möglichkeit, die Austragung ethnopolitischer Konflikte innerhalb demokratischer Strukturen zu halten, ist geringer:

H.2: Kommt es in einem Minderheitenstaat zu einer Neukonstituierung oder - nach längerer Unterbrechung - Rekonstituierung von Staat und Nation, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß ein hoher Grad allgemeiner und (zumindest latenter) ethnopolitischer Fragmentierung überdurchschnittliche Probleme bei der demokratischen Konsolidierung und ein niedriger Grad ethnopolitischer Integration zu einem niedrigen allgemeinen und ethnopolitischen Konfliktregulierungsniveau führen.

Dies gilt um so mehr, wenn die Neukonstituierung mit einem "stateness problem" (Linz/Stepan 1996: 16) verbunden ist, also entweder die Staatsgrenze und/oder der Zugang zur Staatsbürgerschaft umstritten sind. Wie sich die je spezifische Ausgangsbasis weiterentwickelt, hängt wesentlich vom Fortschritt demokratischer Konsolidierung ab:

H.3. Je fortgeschrittener/weniger fortgeschritten die demokratische Konsolidierung in einem Minderheitenstaat ist, desto höher/niedriger ist die Wahrscheinlichkeit, daß allgemeines und ethnopolitisches Konfliktregulierungsniveau hoch sind bzw. steigen/niedrig sind bzw. sinken.²⁵

Da der Fortschritt struktureller und repräsentativer Konsolidierung ein Maß des Konflikt*lösungs*potentials ist, läßt sich die Frage nach den innenpolitischen Mindestvoraussetzungen erfolgreicher ethnopolitischer Konfliktbearbeitung wie folgt formulieren:

H.3 (a): Je länger in einem Minderheitenstaat die Etappe struktureller Konsolidierung unabgeschlossen und die repräsentative Konsolidierung schwach bleibt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß das ethnopolitische Konfliktregulierungsniveau niedrig bleibt bzw. sinkt.

Wir nehmen weiter an, daß nicht nur das Niveau demokratischer Konsolidierung auf das ethnische Konfliktregulierungsniveau wirkt, sondern daß auch die umgekehrte Wirkungsrichtung gegeben ist (Linz/Stepan 1996: 36), und kommen von daher zu folgender Hypothese:

²⁵ Angesichts der Tatsache, daß es in Westeuropa Staaten gibt, in denen die demokratische Konsolidierung sehr fortgeschritten ist, das ethnopolitische Konfliktregulierungsniveau damit aber nicht Schritt hält (z.B. Frankreich bzgl. Korsika), kann Hypothese 3 als klassischer Fall einer Hypothese gelten, die einen notwendigen, aber nicht hinreichenden Wirkungszusammenhang formuliert.

H.3 (b): Je länger das ethnopolitische Konfliktregulierungsniveau in einem Minderheitenstaat niedrig bleibt bzw. sinkt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einer Verzögerung, einer Blockade oder gar zu Rückschritten beim Prozeß demokratischer Konsolidierung kommt.

Mangelnder Fortschritt bei der demokratischen Konsolidierung und die Unfähigkeit zu ethnopolitischer Konfliktregulierung verstärken sich so in einer Abwärtsspirale mit dem Ergebnis wachsender Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Konfliktaustrags und/oder einer massiven externen Intervention.

Hypothesen zur innenpolitischen, bilateralen und multilateralen Ebene (I, II und III)

H.4: Je niedriger/höher das Konfliktregulierungsniveau in einem Minderheitenstaat ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich die bilateralen Beziehungen zwischen Minderheitenstaat und Patronagestaat verschlechtern/verbessern.

Wir gehen weiter davon aus, daß der in Hypothese 4 postulierte Wirkungszusammenhang von der Parallelität bzw. Nicht-Parallelität der innenpolitischen Entwicklung im Minderheiten- und im Patronagestaat abhängt:

H.3+H.4: Je paralleler/weniger parallel der demokratische Konsolidierungsprozeß in einem Minderheiten- und einem Patronagestaat verläuft und je fortgeschrittener/weniger fortgeschritten er ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß das ethnopolitische Konfliktregulierungsniveau im Minderheitenstaat wächst/sinkt und sich das bilaterale Verhältnis zwischen Minderheiten- und Patronagestaat verbessert/verschlechtert.

Ergänzend zu unserer Annahme, daß die Regulierung von ethnopolitischen Konflikten *primär* von innenpolitischen Faktoren abhängt, läßt sich die These formulieren, daß eine in ihrem Machtpotential überlegene externe Macht die Regierung des Minderheitenstaates durch Androhung von Nachteilen bzw. Versagung von Vorteilen zwingen kann, Forderungen der Minderheit zu erfüllen. Dabei fassen wir Macht als geringere Empfindlichkeit und Verletzlichkeit in einer (stark) asymmetrischen Interdependenzbeziehung

Abb. 3: Kernhypothesen und abgeleitete Hypothesen²⁶

Unabhängige Variablen	--- Wirkung →	Abhängige
<i>Präferenzstrukturelle Ausgangshypothese</i>		
H.1 Differenz ethnopolitischer Präferenzstrukturen von Mehrheit und Minderheit	→	Wahrscheinlichkeit Wirksamkeit OSZE-Regime und HKNM
H.1(a) Keine Anknüpfungspunkte --- zwischen Präferenzrastern von Mehrheit, Minderheit, HKNM	→	Geringe Wahrscheinlichkeit für Wirksamkeit OSZE-Regime u. Umsetzung Empfehlungen HKNM
H.1(b) Präferenzraster von Mehrheit, Min- --- derheit und HKNM zielen mindestens in einer Dimension in dieselbe Richtung	→	Notwendige Bedingung für Wirksamkeit OSZE-Regime und Umsetzung Empfehlungen HKNM
<i>Ebene I</i>		
H.2 Neukonstitution Staat + Nation ---	→	Ethnopolitische Fragmentierung / demokratische Konsolidierung / ethnopolitische Integration / Konfliktregulierungsniveau / -stabilität
H.3 Demokratische Konsolidierung ---	→	Konfliktregulierungsniveau / -stabilität
H.3(a) Abschluß struktureller Konsolidierung	→	Konfliktregulierungsniveau / -stabilität
H.3(b) Niedriges Konfliktregulierungsniveau	→	Demokratische Konsolidierung
<i>Ebenen II + I</i>		
H.4 Konfliktregulierungsniveau --- Minderheitenstaat	→	Bilaterale Beziehungen (proportional/reziprok)
H3+H4 Demokrat. Konsolidierung --- Minderheiten- und Patronagestaat	→	Konfliktregulierungsniveau und -stabilität und bilaterale Beziehungen
H.5 Machtüberlegenheit --- Patronagestaat	→	Erfüllung Minderheitenforderungen
<i>Ebenen III + I + II</i>		
H.6 Integrationschancen Minderheitenstaat und Patronage-Staat	→	Konfliktregulierungsniveau und -stabilität und bilaterale Beziehung
	→	Beinflußbarkeit durch nicht integrierten

²⁶ Die Hypothesen sind erstens nach Kernhypothesen (fettgedruckt) und abgeleiteten Hypothesen und zweitens nach den Handlungsebenen geordnet, auf die sie sich beziehen. Die in den abgeleiteten Hypothesen angegebene(n) Ziffer(n) verweisen auf die Kernhypothese(n), aus der/denen sie abgeleitet sind; der danach in Klammern folgende Buchstabe bedeutet eine Numerierung innerhalb derselben Kombinationsgruppe. Da alle Hypothesen nach Handlungsebenen geordnet sind, kann eine abgeleitete Hypothese, z.B. H.4 (a), in einem anderen Kasten der Tabelle zu finden sein als ihre Kernhypothese.

H5+H6 Integrationschancen Minderheitenstaat	Patronagestaat → Konfliktregulierungsniveau und - stabilität und bilaterale Beziehungen
H6+H2 Parallele Entwicklung demokratische - (a) Konsolidierung/Integrationschan- cen	→ Relative Abkoppelung Patronagestaat von Reziprozität → Relative Abkoppelung
H6+H2 Demokratische Konsolidierung und -- (b) Integrationschancen Patronagestaat	Minderheitenstaat von Reziprozität → Regierungswechsel in Minderheiten- und
H6+H2 Demokratische Konsolidierung und -- (c) Integrationschancen Minderheitenstaat	Patronagestaat.
H4(a) Relative Abkoppelung von Rezipro- -- zität in Minderheiten- / Patronagestaat	
<i>Ebenen IV + I + II</i> H.7 Dichte/Qualität Kommunikation --- zwischen Minderheit und Patronagestaat	→ Ethnopolitische Mobilisierung / ethno- politische Integration / ethnopolit. Kon-
H7+H3 Kommunikationszusammenhang zwi- - schen Minderheit und Patronagestaat und demokratische Konsolidierung Patronagestaat	fliktregulierungsniveau und -stabilität → Ethnopolitische Mobilisierung / ethno- politische Integration / ethnopolitisches Konfliktregulierungsniveau und -stabili- tät

(Keohane/Nye 1977/1989: 12-13) und unterscheiden zwischen komplexen und nicht-komplexen Interdependenzbeziehungen. Nicht-komplexe asymmetrische Interdependenzbeziehungen können zwischen einem in seinem Machtpotential überlegenen Patronagestaat und einem Minderheitenstaat bestehen, der von ersterem wirtschaftlich abhängig ist oder militärisch bedroht werden kann. Obwohl es in diesem Verhältnis auch um die Versagung von Vorteilen gehen kann, steht doch im Falle nicht-komplexer Interdependenz eindeutig das negative Moment ('sticks') im Vordergrund. Die konkrete Ausformung komplexer Interdependenz im euro-atlantischen Kontext ist der westliche Integrationszusammenhang mit den Kernorganisationen EU und NATO. Wir nehmen an, daß sich Transformationsländer mit wachsender Nähe zu EU und NATO in steigendem Maße deren 'Spielregeln' anpassen. Grund dafür ist einerseits die Fähigkeit von EU und NATO, gewünschte Güter (Kooperation, Mitgliedschaft) zu versagen, andererseits und wichtiger ihre mögliche Bereitschaft, ebendiese zu gewähren ('carrots'). Wir kommen daher zu den folgenden beiden Hypothesen für Machtausübung in nicht-komplexen und komplexen Interdependenzbeziehungen:

H.5: Je größer das Machtpotential des Patronagestaates im Verhältnis zu dem des benachbart liegenden Minderheitenstaates, desto eher wird die Regierung des Minderheitenstaates wichtige Forderungen der Minderheit erfüllen.

Wir verwenden in diesem Zusammenhang nicht den Begriff der Konfliktregulierung, da eine von außen oktroyierte Lösung nicht der Fähigkeit einer Gesellschaft entstammt, ihre Konflikte in geregelten institutionellen Bahnen auszutragen bzw. diese Fähigkeit sogar längerfristig herabsetzen kann.

H.6: Je größer/kleiner die Chancen eines Minderheiten- bzw. eines Patronagestaates auf Einbeziehung in EU und/oder NATO sind, desto größer/kleiner ist die Wahrscheinlichkeit eines hohen ethnopolitischen Konfliktregulierungsniveaus und einer kooperativen Gestaltung des bilateralen Verhältnisses.

In einem nächsten Schritt sind zwei mögliche Fallgruppen zu untersuchen: *Erstens* kann ein Minderheitenstaat sowohl verletzlicher Teil einer nicht-komplexen als auch einer komplexen Interdependenzbeziehung sein:

H.5+H.6: Je größer/kleiner die Chancen eines Minderheitenstaates auf Einbeziehung in Strukturen komplexer Interdependenz (EU und NATO) sind, desto größer/kleiner ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich der Minderheitenstaat den Forderungen eines nicht in diese Strukturen komplexer Interdependenz einbezogenen, überlegenen (benachbarten) Patronagestaates bezüglich der Behandlung der von diesem protegierten Minderheiten widersetzen und sich an den Forderungen der organisatorischen Träger komplexer Interdependenz orientieren wird.

Zweitens können mehrere Staaten Kandidaten für die Einbeziehung in Strukturen komplexer Interdependenz (EU und NATO) sein. Wir verbinden daher Hypothese 6 mit unseren Hypothesen über den Zusammenhang zwischen demokratischer Konsolidierung und Konfliktregulierungsniveau (H.3.A, H.3.B und H.3+4), wobei wir zunächst von einer parallelen Entwicklung in Minderheitenstaat und Patronagestaat, dann von einer ungleichen ausgehen.

H.6+H.2 (a): Je weniger fortgeschritten/fortgeschrittener die demokratische Konsolidierung in Minderheiten- und Patronagestaat und je geringer/größer die Chancen des Minderheiten- und des Patronagestaates auf Einbeziehung in den westlichen Integrationszusammenhang, desto geringer/größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich das bilaterale Verhältnis zwischen Minderheitenstaat und Patronagestaat verbessert und das ethnopolitische Konfliktregulierungsniveau im Minderheitenstaat hoch ist bzw. steigt.

H.6+H.2 (b): Je fortgeschrittener/weniger fortgeschritten der Grad demokratischer Konsolidierung in einem Patronagestaat und je größer/kleiner die Chancen eines Patronagestaates auf Einbeziehung in den westlichen Integrationszusammenhang, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich das bilaterale Verhältnis zwischen Minderheitenstaat und Patronagestaat auch dann verbessert/verschlechtert, wenn der Grad der ethnopolitischen Integration der Minderheit im Minderheitenstaat und das ethnopolitische Konfliktregulierungsniveau dort nicht steigen bzw. sinken/steigen.

Diese Hypothese postuliert die relative positive bzw. negative Abkoppelung eines Patronagestaates vom Reziprozitätsprinzip. Eine entsprechende Hypothese gilt für den Minderheitenstaat. Bei den beiden Abkoppelungshypothesen gehen wir davon aus, daß der innenpolitische win set in dem entsprechenden Land breiter ist als der acceptability set der Regierung, so daß sich eine neue Regierung mit einem veränderten acceptability set von dem in Hypothese 4 formulierten Reziprozitätsprinzip abwenden kann. Da wir jedoch annehmen, daß eine zu weitgehende Abkoppelung vom Reziprozitätsprinzip durch innenpolitische Mehrheits- und Machtwechsel korrigiert werden kann, sprechen wir von *relativer Abkoppelung vom Reziprozitätsprinzip*:

H.4 (a): Je weiter und je länger sich ein Patronagestaat im Verhältnis zu einem Minderheitenstaat (oder umgekehrt) vom Prinzip der Reziprozität zwischen ethnopolitischem Konfliktregulierungsniveau und der Qualität der bilateralen Beziehungen abkoppelt und je weniger fortgeschritten die demokratische Konsolidierung in diesem sich von der Reziprozität abkoppelnden Land ist, desto wahrscheinlicher kommt es in diesem Land zu einem Regierungs- oder Koalitionswechsel mit der Folge einer Wiederverschlechterung der bilateralen Beziehungen bzw. des Konfliktregulierungsniveaus.

Hypothesen zur innenpolitischen, bilateralen und transnationalen Ebene (I, II und IV)

Da wir vermuten, daß sich insbesondere auf der transnationalen Ebene die Modi rationalen und kommunikativen Handelns überlagern, wollen wir den Interaktionszusammenhang zwischen einem Patronagestaat und 'seinen' Minderheiten untersuchen:

H.7: Je dichter/weniger dicht der transnationale Interaktionszusammenhang zwischen der Regierung eines Patronagestaates und 'seiner' Minderheit und je weiter/weniger weit die darüber transportierten ethnopolitischen Präferenzstrukturen von denen der Mehrheit abweichen, desto größer/geringer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die ethnopolitische Mobilisierung der Minderheit steigt, ihre ethnopolitische Integration und das ethnopolitische Konfliktregulierungsniveau sinken und sich das bilaterale Verhältnis zwischen Minderheitenstaat und Patronagestaat verschlechtert.

H.7+H.3: Je niedriger/höher der Grad demokratischer Konsolidierung in einem Patronagestaat, desto größer/kleiner ist die Wahrscheinlichkeit, daß in der Interaktion zwischen Patronagestaat und Minderheit ethnopolitische Präferenzraster transportiert werden, die sich von denjenigen der Mehrheit stark unterscheiden, daß infolgedessen die ethnopolitische Mobilisierung der Minderheit steigt, ihre ethnopolitische Integration und das ethnopolitische Konfliktregulierungsniveau sinken und sich das bilaterale Verhältnis zwischen Minderheitenstaat und Patronagestaat verschlechtert.

3.2.3 Skizze für die theoretische Arbeit

Obleich der weitere Fortgang der theoretischen Arbeit schwer detailliert anzugeben ist, lassen sich doch grob die folgenden Schritte umreißen:

- Weitere Verfolgung der wissenschaftlichen Diskussion in den relevanten Theoriegebieten, Verfeinerung des analytischen Instrumentariums des Projekts;
- Verfeinerung der Hypothesen, insbesondere der abgeleiteten Hypothesen;

- Vergleich der ethnopolitischen Präferenzraster von Mehrheit, Minderheit und HKNM sowie der Umsetzungsstände der Empfehlungen des HKNM für die einzelnen Minderheitenstaaten, für die Gruppen von Minderheitenstaaten mit Minderheiten derselben Nation, für alle sechs Minderheitenstaaten;
- Plausibilitätsüberprüfung der Hypothesen anhand des gewonnenen empirischen Materials für die einzelnen Minderheitenstaaten, für die Gruppen von Minderheitenstaaten mit Minderheiten derselben Nation, für alle sechs Minderheitenstaaten hinsichtlich der Fragestellung, welche Hypothesen Veränderungen der Differenzen zwischen den ethnopolitischen Präferenzrastern von Mehrheit, Minderheit und HKNM erklären können und welche nicht;
- heuristische Überprüfung des analytischen Instrumentariums des Projekts anhand der Ergebnisse der Plausibilitätsüberprüfung der Hypothesen.

3.2.4 Die empirische Umsetzung des Projekts

Die Durchführung des Projekts stellt in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht erhebliche Anforderungen. Wie Abb. 4 zeigt, sind - abhängig von der endgültigen Operationalisierung - etwa drei Dutzend Datensätze für sechs Länder über einen Zeitraum von acht Jahren zu erheben. Einige der Datensätze sind relativ einfach zu gewinnen (z.B. die Zahl der Parlamentsparteien oder die Chancen auf Einbeziehung in EU und NATO), für andere liegen bereits Ergebnisse vor, auf die wir uns stützen können. Wieder andere, wie die ethnopolitischen Präferenzraster der verschiedenen Akteure oder der Grad ethnopolitischer Integration erfordern ausführliche Prozeßanalysen, bevor eine Einordnung vorgenommen werden kann. Dazu kommt, daß ein erheblicher Teil des Materials nicht über die üblichen internationalen Quellen (einschließlich Internet) erschließbar ist, sondern vor Ort in bis zu neun Sprachen (zusätzlich zu den Arbeitssprachen Englisch und Deutsch) gewonnen werden muß. Dies betrifft insbesondere die Variablen 'strukturelle Konsolidierung', 'repräsentative Konsolidierung' und 'ethnopolitische Fragmentierung und Mobilisierung'. Dies erfordert zusätzlich zu den zwei Projektmitarbeitern den Einsatz von je einer Honorarkraft pro Minderheitenland. Darüber hinaus sind einige Variablen, wenn auch nicht in derselben Eindringtiefe, auch für die drei Patronagestaaten zu bearbeiten.

a) Überprüfung des Umsetzungsstandes der Empfehlungen des HKNM

- Erfassung aller Empfehlungen des Hohen Kommissars für die zu untersuchenden sechs Staaten von 1993 bis 2000 und Klassifizierung nach dem in Abschnitt 2.1.3 "Nationalismustheorien" entwickelten ethnopolitischen Präferenzraster;
- Zusammenfassung der Klassifizierungen zu Länderprofilen der Empfehlungen des HKNM;
- Zusammenfassung der Länderprofile zu einem Gesamtprofil der Empfehlungen des HKNM einschließlich der Feststellung möglicher typischer Abweichungen von Land zu Land;
- Erfassung des Umsetzungsstandes der Empfehlungen des HKNM in Gesetzgebung und Praxis und Klassifizierung nach dem ethnopolitischen Präferenzraster;
- Prozeßanalyse zu der Frage, ob Entsprechungen zwischen den Empfehlungen des HKNM und staatlichem Handeln eine kausale Beziehung ausdrücken;
- Interviews mit dem HKNM und seinen Beratern sowie MitarbeiterInnen von OSZE-Missionen und anderer OSZE-Institutionen;
- Interviews in den sechs Minderheitenländern mit MitarbeiterInnen von Ministerien, Minderheitenverbänden, Parteien etc. zum Stand der Um-

Abb. 4: Zusammenfassung der Operationalisierungen (vorläufig)

Variable	Operationalisierung
1. Zivilkulturelle Konsolidierung	[Noch auszuarbeiten]
2. Strukturelle Konsolidierung	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtsstaatlichkeit (z.B. anhand von Gastil 1989/1990 [ff.]) • Entscheidungsmodus des politischen Systems (Mehrheits- vs. Konsensprinzip) • Institutionelle Effizienz (Wirksame Kompetenzabgrenzung zwischen staatlichen Institutionen und Entscheidungsfindung innerhalb vorgesehener Institutionen)
3. Repräsentative Konsolidierung	<ul style="list-style-type: none"> • Integrationstyp der Parteien • Mitgliederzahl der Parteien • Zahl der Parlamentsparteien bzw. -wahlbündnisse • Aggregationsindex (Anteil stärkste Fraktion : Zahl der Fraktionen) • Volatilitätsrate • Wahlbeteiligung • Stabilität Regierungsbildung (Typ, Zahl, durchschnittliche Regierungsdauer) • Umfragen zu Demokratiezufriedenheit
4. Ethnopolitische Fragmentierung und Mobilisierung	<ul style="list-style-type: none"> • Differenz der ethnopolitischen Präferenzraster von Mehrheit und Minderheit • Größe der Minderheit, Siedlungsmuster • Mobilisierung von Mehrheit und Minderheit (z.B. Protestaktionen) • Relativer Wahlerfolg von Minderheitenparteien bzw. nationalistischen Parteien der Mehrheit • Mitgliedschaft in Minderheitenorganisationen bzw. nationalistischen Parteien der Mehrheit
5. Ethnopolitische Integration	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Hoch</i>: dauerhafte politische Kooperation zwischen Mehrheit und Minderheit, Institutionalisierung der Kooperation zwischen Regierung und Minderheit • <i>Mittel</i>: gelegentliche politische Kooperation zwischen Mehrheit und Minderheit, schwache Institutionalisierung der Kooperation zwischen Regierung und Minderheit • <i>Niedrig</i>: politische Isolierung Minderheit, Fehlen institutionalisierter Kooperation zwischen Regierung und Minderheit
6. Machtrelation Patronagestaat / Minderheitenstaat	<ul style="list-style-type: none"> • Einwohner + BSP + militärisches Potential
7. Chancen auf Ein-beziehung in EU und NATO	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Groß</i>: Mitgliedschaft oder Einladung zu Verhandlungen über Mitgliedschaft • <i>Mittel</i>: Assoziierungsbeziehungen EU / benannter Kandidat 2. Welle NATO-Erweiterung • <i>Klein</i>: einfache oder privilegierte Kooperationsbeziehungen
8. Dichte und Qualität der Interaktion Patronage-staat - Minderheit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Dichte</i>: a) Institutionalisierung der Interaktion der politischen Eliten; b) Anteil der Minderheit, der regelmäßig TV-Programme des Patronagestaates sieht • <i>Qualität</i>: ethnopolitischer Präferenzraster
9. Ethnopolitische Konflikte-gulie-rungsni-	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Hoch</i>: Fähig zu Maßnahmen substantiell inklusiverer Staatsbildungs- bzw. substantiell differenzierterer Nationsbildungsstrategie

veau (abhäng. Variable)	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Mittel</i>: Fähig zu Maßnahmen graduell inklusiverer Staatsbildungs- bzw. graduell differenzierterer Nationsbildungsstrategien • <i>Niedrig</i>: Fähigkeit zu Maßnahmen akuten Krisenmanagements
-------------------------	--

setzung der Empfehlungen des HKNM und zur Prozeßanalyse; geplant sind drei Durchgänge von je einer Woche pro Land im September/Oktober 1999, im September/Oktober 2000 und im Mai 2001;

Erfahrungsgemäß ergibt sich aus sorgfältigem Quellen- und Dokumentenstudium ein Kernbestand von Fragen, insbesondere was die Rekonstruktion von Prozessen, ihre Bewertung sowie die Veränderung von Interessen und Präferenzen betrifft, der nur in Interviews mit den Beteiligten (MitarbeiterInnen von Ministerien, Parteien, Minderheitenverbänden, OSZE-Personal) zu klären ist. Umgekehrt ist eine weitgehende Einarbeitung in die Materie erforderlich, um knappe Interview-Zeit gezielt nutzen zu können. Deshalb setzen wir die Interviews in den Minderheitenländern erst nach neun Monaten Einarbeitungszeit an. Die finanziell aufwendigeren Interviews in den Minderheitenländern werden dabei zudem durch weniger aufwendige Interviews mit den Beratern des HKNM vorbereitet. Aus methodischen Gründen, insbesondere der größeren Distanz zum Untersuchungsgegenstand und zu den Gesprächspartnern, werden alle Interviews grundsätzlich von den beiden Projektmitarbeitern durchgeführt. Angewendet werden mündliche halbstandardisierte Interviews, die die Vorzüge eines festen Fragenkatalogs mit den Möglichkeiten flexibler Gesprächsführung verbinden.

- Vergleich der nach dem ethnopolitischen Präferenzraster klassifizierten Umsetzungsstände der Empfehlungen des HKNM zwischen den Minderheitenstaaten mit Minderheiten derselben Nation und zwischen allen sechs untersuchten Minderheitenstaaten.

b) Überprüfung der Hypothesen zur Erklärung des Umsetzungsstandes der HKNM-Empfehlungen

- Ausarbeitung der endgültigen Operationalisierung der Variablen plus Testläufe;
- Definition und Beschaffung der zur empirischen Überprüfung der Operationalisierungen notwendigen Standardquellen und -dokumente, v.a. Berichte der OSZE, des Europarates, anderer internationaler Organisa-

tionen, von Regierungen und größeren NGOs, z.B. Amnesty International, International Helsinki Federation;

- Anlage einer Datenbank;
- Empirische Bearbeitung der Operationalisierungen der Variablen für die Jahre 1993 bis 2000;
- Experteninterviews im September/Oktober 1999, September/Oktober 2000 und Mai 2001 zur Nacharbeit und Vertiefung der entsprechenden Fragestellung dort, wo das zugängliche schriftliche Material nicht ausreicht, z.B. bei der Variable 'ethnopolitische Integration'.

Literaturverzeichnis

- Alfredsson, Gudmundur/Danilo Türk 1993, International Mechanisms for the Monitoring and Protection of Minority Rights: Their Advantages, Disadvantages and Interrelationships, in: Arie Bloed/Liselotte Leicht/Manfred Nowak/Allan Rosas (Hrsg.), Monitoring Human Rights in Europe. Comparing International Procedures and Mechanisms, Dordrecht, 169-186.
- Anderson, Benedict 1993, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/M./ New York.
- Axelrod, Robert/Robert O. Keohane 1986, Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions, in: Kenneth A. Oye (Hrsg.), Cooperation under Anarchy, Princeton 1986, 226-254.
- Beyme, Klaus von/Dieter Nohlen 1991, Systemwechsel, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, München, 690-700.
- Beyme, Klaus von 1994, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/M.
- Bloed, Arie/Pieter van Dijk (Hrsg.) 1991, The Human Dimension of the Helsinki Process, Dordrecht.
- Bloed, Arie (Hrsg.) 1993, The Conference on Security and Co-operation in Europe. Analysis and Basic Documents 1972-1993, Dordrecht/Boston/London.
- Bloed, Arie/Liselotte Leicht/Manfred Nowak/Allan Rosas (Hrsg.) 1993, Monitoring Human Rights in Europe. Comparing International Procedures and Mechanisms, Dordrecht.
- Bloed, Arie (Hrsg.) 1994, The Challenges of Change. The Helsinki Summit of the CSCE and Its Aftermath, Dordrecht.
- Bloed, Arie (Hrsg.) 1997, The Conference on Security and Co-operation in Europe. Basic Documents, 1993-1995, The Hague.
- Bos, Ellen 1994, Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Wolfgang Merkel (Hrsg.), Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen, 81-109.
- Bova, Russell 1991, Political Dynamics of the Post-Communist Transition: A Comparative Perspective, in: World Politics, 44 (1), 113-138.
- Breitmeier, Helmut/Klaus Dieter Wolf 1993, Analysing Regime Consequences. Conceptual Outlines and Environmental Explorations, in: Volker Rittberger (Hrsg.), Regime Theory and International Relations, Oxford, 339-360.
- Brown, James F. 1992, Aktuelle und potentielle Konfliktmöglichkeiten in Südosteuropa, in: Wolfgang Heydrich/ Joachim Krause/Uwe Nerlich/Jürgen Nötzold/Reinhardt Rummel (Hrsg.), Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden, 395-413.
- Brubaker, Rogers 1996, Nationalism Reframed. Nationhood and the national question in the New Europe, Cambridge.
- Brunner, Georg 1996, Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa, Gütersloh.
- Brusis, Martin 1997, Europas nationale Frage. Brubakers Studie zu Minderheitenkonflikten, in: Internationale Politik, 52 (10), 67-70.

- Buchsbaum, Thomas/Stefan Hammer/Walter Suntinger/Hannes Tretter 1994, The First Human Dimension Implementation Meeting: Analysis of the Informal Recommendations, in: Helsinki Monitor 5 (2), 68-80.
- Capotorti, Francesco 1979, Study on the Rights of Persons Belonging to Ethnic, Religious and Linguistic Minorities, New York (Special Rapporteur of the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities, United Nations, E/CN.4/Sub.2/384/Rev.1).
- Chinn, Jeff/Robert Kaiser 1996, Russians as the New Minority. Ethnicity and Nationalism in the Soviet Successor States, Boulder/Col.
- Deutsch, Karl W. 1953, Nationalism and Social Communication, New York/London.
- Deutsch, Karl W. 1972, Nationenbildung - Nationalstaat - Integration, Düsseldorf.
- Diamond, Larry / Marc F. Plattner (Hrsg.), 1993, The Global Resurgence of Democracy, Baltimore/London.
- Dix, Robert H. 1994, History and Democracy Revisited, in: Comparative Politics, 27 (1), 91-105.
- Donnelly, Jack 1986, International human rights: a regime analysis, in: International Organization 40 (3), 599-642.
- Dunay, Pal/Wolfgang Zellner 1996, Der Stabilitätspakt für Europa - diplomatische Episode oder dauerhafter Erfolg?, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1996, Baden-Baden, 319-333.
- Eckstein, Harry 1975, Case Study and Theory in Political Science, in: F. I. Greenstein/N. W. Polsby (Hrsg.), Handbook of Political Science, Reading, Mass., Bd. VII, 79-138.
- Efinger, Manfred/Volker Rittberger/Michael Zürn 1988, Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen. Ein Beitrag zur Erforschung der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte, Frankfurt/M.
- Efinger, Manfred/Michael Zürn 1990, Explaining conflict management in East-West relations: a quantitative test of problem-structural typologies, in: Volker Rittberger (Hrsg.), International Regimes in East-West-Politics, London/New York, 64-89.
- Efinger, Manfred 1990, Preventing war in Europe through confidence- and security building measures?, in: Volker Rittberger (Hrsg.), International Regimes in East-West-Politics, London/New York, 117-149.
- Efinger, Manfred/Peter Mayer/Gudrun Scharzer 1993, Integrating and Contextualizing Hypotheses: Alternative Paths to Better Explanations of Regime Formation?, in: Volker Rittberger (Hrsg.), Regime Theory and International Relations, Oxford, 252-281.
- Ehrhart, Hans-Georg/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.) 1993, The Former Soviet Union and European Security: Between Integration and Re-Nationalization, Baden-Baden.
- Ehrhart, Hans-Georg/Konrad Klingenburg 1994, Was heißt Peacekeeping?, Hamburg (Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 15).
- Ehrhart, Hans-Georg/David G. Haglund 1995, The "New Peacekeeping" and European Security: German and Canadian Interests and Issues, Baden-Baden.

- Ehrhart, Hans-Georg/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.) 1995, *Crisis Management in the CIS: Whither Russia?*, Baden-Baden.
- Ehrhart, Hans-Georg 1996, EU, OSZE und der Stabilitätspakt für Europa: Präventive Diplomatie als gemeinsame Aufgabe, in: *Integration* 19 (1), 37-48.
- Ehrhart, Hans-Georg 1996a, Germany, in: Trevor Findlay (Hrsg.), *Challenges for the New Peacekeepers*, Oxford (SIPRI Research Report No. 12), 32-51.
- Ehrhart, Hans-Georg/Konrad Klingenburg 1996, *UN-Friedenssicherung 1985-1995. Analyse und Bibliographie*, Baden-Baden.
- Ehrhart, Hans-Georg/Konrad Klingenburg 1996a, *Konfliktmanagement auf dem Balkan*, in: Hans-Georg Ehrhart/Konrad Klingenburg, *UN-Friedenssicherung 1985-1995. Analyse und Bibliographie*, Baden-Baden, 73-89.
- Ehrhart, Hans-Georg 1997, *Grenzland oder Scharnier Europas? Zur Ukraine-Politik des Westens*, in: Siegfried Bock/Manfred Schünemann (Hrsg.), *Die Ukraine in der europäischen Sicherheitsarchitektur*, Baden-Baden, 43-61.
- Ehrhart, Hans-Georg/Oliver Thränert (Hrsg.) 1998, *European Conflicts and International Institutions: Cooperating with Ukraine*, Baden-Baden.
- Ehrhart, Hans-Georg 1998a, *Prävention und regionale Sicherheit: der Prozeß von Royaumont und die Stabilisierung Südosteuropas*, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 1998*, Baden-Baden, S. 357-376.
- Eicher, Claudia 1997/98, *Albanien*, in: Hans-Joachim Gießmann (Hrsg.): *Handbuch Sicherheit*, Baden-Baden, 41-73.
- Eicher, Claudia 1998, *Ordnung im Chaos? Kulturelle Rationalität und Transitionsprozesse in China und Rußland*, Hamburg 1998 (unveröffentl. Manuskript).
- Elwert, Georg 1989, *Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen*, Berlin.
- EU-Kommission 1997, *Stellungnahme der Kommission zum Antrag der Slowakei auf Beitritt zur Europäischen Union*, Brüssel, 15.07.1997, KOM(97) 2004 endg.
- Evans, Peter B./Harold K. Jacobson/Robert D. Putnam (Hrsg.) 1993, *Double-edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Politics*, Berkeley, Ca.
- Evans, Peter B. 1993, *Building an Integrative Approach to International and Domestic Politics. Reflections and Projections*, in: Evans, Peter B./Harold K. Jacobson/Robert D. Putnam (Hrsg.) 1993, *Double-edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Politics*, Berkeley, Ca., 397-430.
- Fastenrath, Ulrich (Hrsg.) 1992, *KSZE. Dokumente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, Berlin, Loseb.-Ausg.
- FIER 1997, *The Foundation on Inter-Ethnic Relations 1997, Bibliography on the OSCE High Commissioner on National Minorities: Documents, Speeches and Related Publications*, The Hague.
- FIER 1997a, *The Foundation on Inter-Ethnic Relations, The Role of the High Commissioner on National Minorities in OSCE Conflict Prevention*, The Hague.
- Francis, Emerich 1965, *Ethnos and Demos*, Berlin.
- Fukuyama, Francis 1989, *Das Ende der Geschichte?*, in: *Europäische Rundschau*, 17 (4), 3-25.

- Gastil, Raymond D. 1989/1990 (ff.), *Freedom in the World. Political Rights and Civil Liberties 1989-1990* (ff.), New York.
- George, Alexander L. 1979, *Case Studies and Theory Development: The Method of Structured, Focused Comparison*, in: Paul Gordon Lauren (Hrsg.), *Diplomacy. New Approaches in History, Theory, and Policy*, New York, 43-68.
- Ghebali, Victor-Yves 1996, *L'OSCE dans L'Europe post-communiste, 1990-1996. Vers une identité paneuropéenne de sécurité*, Brüssel.
- Gießmann, Hans-Joachim/Ürsel Schlichting 1995 (Hrsg.), *Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten, Fakten, Analysen*, Baden-Baden.
- Gießmann, Hans-Joachim 1995, *Albanien*, in: Hans-Joachim Gießmann/Ürsel Schlichting (Hrsg.), *Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten, Fakten, Analysen*, Baden-Baden, 9-21 (ebd. die Kapitel: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn).
- Gießmann, Hans-Joachim 1996, *The Current Work of the OSCE in Central and Eastern Europe - Conflict Resolution, Conflict Prevention and the Protection of Minorities*, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), *Human Rights, Conflict Prevention and Conflict Resolution*, Brüssel, 79-100.
- Gießmann, Hans-Joachim 1996a, *Demokratie als Gestaltungsaufgabe - Herausforderung oder Überforderung der OSZE*, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 1996*, Baden-Baden, 191-204.
- Gießmann, Hans-Joachim 1997/98 (Hrsg.), *Handbuch Sicherheit 1997/98. Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten - Fakten - Analysen*, Baden-Baden.
- Gießmann, Hans-Joachim 1997/98a, *Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Probleme und Perspektiven*, in: Hans-Joachim Gießmann (Hrsg.), *Handbuch Sicherheit 1997/98. Die sicherheitspolitische Lage der Staaten Mitteleuropas im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten - Fakten - Analysen*, Baden-Baden, 11-41.
- Gießmann, Hans-Joachim 1997/98b, *Bulgarien*, in: Hans-Joachim Gießmann (Hrsg.), *Handbuch Sicherheit 1997/98. Die sicherheitspolitische Lage der Staaten Mitteleuropas im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten - Fakten - Analysen*, Baden-Baden, 103-129 (ebd.: die Kapitel: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn).
- Glaebner, Gert-Joachim 1994, *Demokratie nach dem Ende des Kommunismus*, Opladen.
- Glover, Audrey 1995, *The Human Dimension of the OSCE. From Standard Setting to Implementation*, in: *Helsinki Monitor* 6 (3), 31-39.
- Grieco, Joseph M. 1988, *Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism*, in: *International Organization* 42 (3), 485-507.
- Grieco, Joseph M. 1993, *Understanding the Problem of International Cooperation: The Limits of Neoliberal Institutionalism and the Future of Realist Theory*, in: David A. Baldwin (Hrsg.), *Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate*, New York, 301-38.

- Guldimann, Tim 1997, Die Tauben gegen die Falken unterstützen. Erfahrungen der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1997, Baden-Baden, 133-142.
- Haas, Peter M. 1989, Do regimes matter? Epistemic communities and Mediterranean pollution control, in: *International Organization* 43 (3), 377-403
- Haas, Peter M. 1993, Epistemic Communities and the Dynamics of International Environmental Co-Operation, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 168-201.
- Haggard, Stephan/Beth A. Simmons 1987, Theories of International Regimes, in: *International Organization* 41 (3), 491-517.
- Hasenclever, Andreas/Peter Mayer/Volker Rittberger 1997, *Theories of international regimes*, Cambridge.
- Hasenclever, Andreas/Peter Mayer/Volker Rittberger 1997a, *Regimes as Links Between States: Three Theoretical Perspectives*, Tübingen (Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 29).
- Heckmann, Friedrich 1992, *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen*, Stuttgart.
- Heintze, Hans-Joachim 1994, *Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenrechte im Völkerrecht. Herausforderungen an den globalen und regionalen Menschenrechtsschutz*, Baden-Baden.
- Hennig, Ortwin 1995, Die KSZE/OSZE aus deutscher Sicht - Kein Wechsel der Unterstützung, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden, 212-135.
- Honsowitz, Herbert 1997, Die Wiener Überprüfungskonferenz und der Lissabonner Gipfel vom 2. und 3. Dezember 1996, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1997, Baden-Baden, 359-371.
- Hösch, Edgar 1995, Die Entstehung des Nationalstaats in Südosteuropa, in: Georg Brunner (Hrsg.), *Osteuropa zwischen Nationalstaat und Integration*, Berlin, 73-89.
- Höynck, Wilhelm 1996, Bestandsaufnahme und Perspektiven der OSZE Mitte 1996, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1996, Baden-Baden, 69-76.
- Huntington, Samuel P. 1991-92, How Countries Democratize, in: *Political Science Quarterly*, 106 (4), 579-616.
- Hurrell, Andrew 1993, International Society and the Study of Regimes. A Reflective Approach, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 49-72.
- IFSH 1995, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden.
- IFSH 1996, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1996, Baden-Baden.
- IFSH 1996a, Institut issledowanija problem mira i politiki besopasnosti pri universitete Gamburga/Moskowski gosudarstwenny institut meschdunarodnych otnoschenii (universitet), Jeschegodnik OBSE 1995, Moskwa.
- IFSH 1997, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1997, Baden-Baden.

- IFSH 1997a, Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSCE-Yearbook 1995/1996. Yearbook on the Organization for Security and Co-operation in Europe, Baden-Baden.
- IFSH 1997b, OSZE-Hochkommissar für Nationale Minderheiten van der Stoep im Haus Rissen, in: IFSH aktuell 26, 1-2.
- IFSH 1998, Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSCE-Yearbook 1997. Yearbook on the Organization for Security and Co-operation in Europe, Baden-Baden.
- IFSH 1998a, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1998, Baden-Baden.
- Jaberg, Sabine 1992, KSZE 2001. Profil einer Europäischen Sicherheitsordnung. Bilanz und Perspektiven ihrer institutionellen Entwicklung, Hamburg (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 70).
- Jaberg, Sabine 1994, Nichtmilitärische Konfliktbearbeitung. Möglichkeiten, Grenzen, Ansätze und Anforderungen in und für Europa, Hamburg (Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 16).
- Jaberg, Sabine/Konrad Klingenburg/Reinhard Mutz 1994, Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvermeidung und der nichtmilitärischen Konfliktlösungen. Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, 135-179.
- Jaberg, Sabine 1998, Systeme kollektiver Sicherheit in und für Europa in Theorie, Praxis und Entwurf. Ein systemwissenschaftlicher Versuch, Baden-Baden.
- Kaiser, Karl 1969, Transnationale Politik, in: Ernst-Otto Czempiel (Hrsg.), Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 1/1969), 80-109.
- Karádi, Matthias Z./Konrad Klingenburg 1995, Kein Frieden in Sicht: Der Balkan im vierten Kriegsjahr, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg, 33-46.
- Karádi, Matthias Z. 1996, Das Forum für Sicherheitskooperation, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1996, Baden-Baden, 379-391.
- Karádi, Matthias Z./Konrad Klingenburg 1996, Dayton: Kriegsende oder Feuerpause für Bosnien?, in: Bruno Schoch/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1996, Münster/Hamburg, 91-104.
- Karádi, Matthias Z. 1997, Dayton: Kriegsende oder Feuerpause für Bosnien? in: Berthold Meyer (Hrsg.), Formen der Konfliktregelung. Eine Einführung mit Quellen, Opladen, 474-481.
- Karádi, Matthias Z./Konrad Klingenburg 1999, Der Balkan zwischen Krieg und Frieden. Die Europäische Sicherheitsarchitektur auf dem Prüfstand, Baden-Baden (i.E.).
- Karl, Terry Lynn /Philippe C. Schmitter 1991, Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, in: International Social Science Journal, 128, 269-284.

- Kasapovic, Mirjana/Dieter Nohlen 1996, Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, in: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider/Dieter Segert (Hrsg.) 1996, Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen, 213-259.
- Katzenstein, Peter J. 1976, International relations and domestic structures: Foreign economic policies of advanced industrial states, in: *International Organization* 30 (1), 1-45.
- Keck, Otto 1995, Rationales kommunikatives Handeln in den internationalen Beziehungen. Ist eine Verbindung von Rational-Choice-Theorie und Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns möglich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1), 5-48.
- Keohane, Robert O. 1984, *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton.
- Keohane, Robert O. 1993, The Analysis of International Regimes. Towards a European-American Research Programme, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 23-45.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S. 1977, 2. Aufl. 1989, *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Glenview, Ill.
- Keohane, Robert O./Nye Jr., Joseph S. 1987, Power and Interdependence revisited, in: *International Organization* 41 (4), 725-753.
- Kimminich, Otto 1985, *Rechtsprobleme der polyethnischen Staatsorganisation*, Mainz/München.
- Kindleberger, Charles P. 1981, Dominance and Leadership in the International Economy: Exploitation, Public Goods, and Free Rides, in: *International Studies Quarterly* 25, 242-254.
- Klingenburg, Konrad 1994, Vom Krisenmanagement zur Konfliktprävention - Herausforderung und Chance für die Vereinten Nationen, in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F)* 12 (3), 98-104.
- Klingenburg, Konrad 1995, Das OSZE-Krisenmanagement im Balkankrieg, in: *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995*, Baden-Baden, 147-158.
- Klingenburg, Konrad/Albrecht Schnabel 1997, Quo Vadis Peacekeeping?, Hamburg (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 106).
- Kohler-Koch, Beate 1989, Zur Empirie und Theorie internationaler Regime, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 17-85.
- Kohn, Hans 1948, *The Idea of Nationalism*, New York 1948.
- Kolstoe, Paul 1995, *Russians in the Former Soviet Republics*, London.
- Kolstø, Pål 1996, The New Russian Diaspora - an Identity of Its Own? Possible Identity Trajectories for Russians in the Former Soviet Republics, in: *Ethnic and Racial Studies* 19 (3), 609-639.
- Krasner, Stephen D. 1982, Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables, in: *International Organization*, 36 (2), 185-205.
- Krasner, Stephen D. 1982a, Regimes and the limits of realism: regimes as autonomous variables, in: *International Organization* 36 (2), 355-368.

- Krasner, Stephen D. 1991, Global Communications and National Power: Life on the Pareto Frontier, in: *World Politics* 43 (3), 336-66.
- Krasner, Stephen D. 1993, Sovereignty, Regimes, and Human Rights, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 139-167.
- Kreikemeyer, Anna 1994, Russisches Peacekeeping und die Institutionen kooperativer Sicherheit, in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F)* 12 (2), 71-76.
- Kreikemeyer, Anna 1995, Defizite der Präventiven Diplomatie der OSZE, in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F)* 13 (4), 251-252.
- Kreikemeyer, Anna/Andrei Zagorski 1997, Rußlands Politik in bewaffneten Konflikten in der GUS. Zwischen Alleingang und Kooperativem Engagement, Baden-Baden.
- Kühne, Winrich 1977, Die Schlußakte der KSZE: Zur Bedeutung, Auslegung und Anwendung von Verhaltensregeln in den Ost-West-Beziehungen, in: Jost Delbrück/Norbert Ropers/Gerda Zellentin (Hrsg.), *Grünbuch zu den Folgewirkungen der KSZE*, Köln, 137-154.
- Kustschow, Wasilij 1997, Zur Westorientierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Ukraine, Hamburg (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 107), 9-23.
- Kuzio, Taras, National Identity in Independent Ukraine: An Identity in Transition, in: *Nationalism & Ethnic Politics* 2 (4), 582-608.
- Lepsius, M. Rainer 1990, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen.
- Lebedeva, N. M. 1995, *Novaja russkaja diaspora. Social'no-psichologiceskij analiz*, Moskau 1995.
- Lijphart, Arend 1975, The Comparable-Cases Strategy in Comparative Research, in: *Comparative Political Studies* 8 (2), 158-177.
- Lijphart, Arend 1993, Constitutional Choices for New Democracies, in: Larry Diamond/Marc F. Plattner (Hrsg.) 1993, *The Global Resurgence of Democracy*, Baltimore/London, 146-158.
- Linz, Juan J. 1993, The Perils of Presidentialism, in: Larry Diamond/Marc F. Plattner (Hrsg.) 1993, *The Global Resurgence of Democracy*, Baltimore/London, 108-126.
- Linz, Juan J. 1993, The Virtues of Parliamentarism, in: ebd., 138-145.
- Linz, Juan J./Alfred Stepan 1996, *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore.
- Lutz, Dieter S. 1993 (Hrsg.), *Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out of area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft*, Reinbek bei Hamburg.
- Lutz, Dieter S. 1995, Die OSZE im Übergang von der Sicherheitsarchitektur des 20. Jahrhunderts zum Sicherheitsmodell des 21. Jahrhunderts, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 1995*, Baden-Baden, 63 - 96.
- Lutz, Dieter S. 1995a, Der OSZE-Gerichtshof, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 1995*, Baden-Baden, 241 - 253.
- Lutz, Dieter S. 1996, Die OSZE - Sockel der europäischen Sicherheitsarchitektur, Basis des Sicherheitsraumes Europa, in: Institut für Friedensforschung und

- Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1996, Baden-Baden, 17-41.
- Lutz, Dieter S./Andrei Zagorski 1996, A Security Model for the 21st Century, in: "Arbitration Court" and "Security Model". Two Aspects of the OSCE-Discussion, Hamburg (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 99), 5-30.
- Lutz, Dieter S. 1997, Foundation of the European Security Structure. Role of the OSCE, in: Review of International Affairs, XLVIII, 11-26.
- Mainwaring, Scott 1992, Transitions to Democracy and Democratic Consolidation: Theoretical and Comparative Issues, in: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hrsg.) 1992, Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective, Notre Dame/Indiana, 294-341.
- Mainwaring, Scott/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hrsg.) 1992, Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective. Notre Dame/Indiana.
- Mainwaring, Scott 1993, Presidentialism, Multipartyism, and Democracy: The Difficult Combination, in: Comparative Studies, 26, 198-228.
- Mayer, Peter/Volker Rittberger/Michael Zürn 1993, Regime Theory. State of the Art and Perspectives, in: Volker Rittberger (Hrsg.), Regime Theory and International Relations, Oxford, 391-430.
- Mearsheimer, John J. 1995, The False Promise of International Institutions, in: International Security, 19 (3), 5-49.
- Mendler, Martin 1990, Working conditions of foreign journalists in East-West relations: regulating a conflict about values without regime, in: Volker Rittberger (Hrsg.), International Regimes in East-West-Politics, London/New York, 216-249.
- Merkel, Wolfgang 1994, Einleitung, in: Wolfgang Merkel (Hrsg.), Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen.
- Merkel, Wolfgang 1994a, Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?, in: Wolfgang Merkel (Hrsg.), Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen, 303-331.
- Merkel, Wolfgang 1995, Transformationsstrategien. Probleme, Erfahrungen und Grenzen, in: Internationale Politik, 50 (6), 3-8.
- Merkel, Wolfgang/Eberhard Sandschneider/Dieter Segert 1996, Einleitung: Die Institutionalisierung der Demokratie, in: Merkel, Wolfgang/Eberhard Sandschneider/Dieter Segert (Hrsg.), Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen, 9-36.
- Merkel, Wolfgang 1996, Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratien in Ostmitteleuropa, in: Merkel, Wolfgang/Eberhard Sandschneider/Dieter Segert (Hrsg.), Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen, 73-112.
- Merkel, Wolfgang 1997, Einleitung, in: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.), Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen, 9-21.

- Meyers, Reinhard 1994, Virtuelle Scheingefechte im ontologischen Cyberspace? Nachfragen zum Duktus und zum Gehalt einer Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (1), 127-137.
- Milner, Helen 1992, International Theories of Cooperation among Nations, in: World Politics 44 (3), 466-496.
- Mommsen, Hans/Albrecht Martiny 1971, [Stichwort] Nationalismus, Nationalitätenfrage, in: C. D. Kernig (Hrsg.), Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. IV, Freiburg/Basel/Wien, 623-695.
- Moravcsik, Andrew 1992, Liberalism and International Relations Theory, Cambridge, Ma. (Harvard University, Working Paper Series, No. 92-6).
- Moravcsik, Andrew 1993, Introduction. Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining, in: Evans, Peter B./Harold K. Jacobson/Robert D. Putnam (Hrsg.), Double-edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Politics, Berkeley, Ca., 3-42.
- Moravcsik, Andrew 1997, Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51 (4), 513-553.
- Müller, Harald 1993, The Internalization of Principles, Norms, and Rules by Governments. The Case of Security Regimes, in: Volker Rittberger (Hrsg.), Regime Theory and International Relations, Oxford, 361-388.
- Müller, Harald 1994, Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 ((1), 15-44.
- Müller, Harald 1995, Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 2 (2), 371-391.
- Mutz, Reinhard 1996, Der verschleppte Frieden - Europas Versagen auf dem Balkan, in: Bruno Schoch/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1996, Münster/Hamburg, 105-116.
- Nelson, Joan M. 1993, The Politics of Economic Transformation. Is Third World Experience Relevant in Eastern Europe?, in: World Politics, 45 (3), 433-463.
- Nohlen, Dieter 1988, Mehr Demokratie in der Dritten Welt? Über Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie in vergleichender Perspektive, in: APuZ, B 25-26-1988, 3-18.
- Nohlen, Dieter/Bernhard Thibaut 1994, Transitionsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte, Thesen. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.) 1994, Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen, 195-228.
- Nollkaemper, Andre 1992, On the effectiveness of international rules, in: Acta Politica (1), 49-70.
- O'Donnell, Guillermo 1992, Transitions, Continuities, and Paradoxes, in: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hrsg.) 1992, Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective, Notre Dame/Indiana, 17-56.
- O'Donnell, Guillermo/Philippe C. Schmitter/Lawrence Whitehead (Hrsg.) 1986, Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives, Baltimore u.a.

- Offe, Claus 1994, *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformationen im Nahen Osten*, Frankfurt/M.
- Organization for Security and Co-operation in Europe, The Secretary General, Annual Report 1996 on OSCE Activities, Vienna.
- Patterson, Lee Ann 1997, Agricultural policy reform in the European Community: a three-level game analysis, in: *International Organization* 51 (1), 135-165.
- Pentikäinen, Merja 1997, The Human Dimension of the OSCE in the 1996 Vienna Review Meeting, in: *Helsinki Monitor* 8 (1), 1-18.
- Pirie, Paul S. 1996, National Identity and Politics in Southern and Eastern Ukraine, in: *Europe-Asia Studies* 48 (7), 1079-1104.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram/Harald Waldrauch 1997, *Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung*, Opladen.
- Przeworski, Adam 1991, *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge/New York/Port Chester/Melbourne/Sydney.
- Przeworski, Adam 1992, The Games of Transition, in: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hrsg.) 1992, *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*, Notre Dame/Indiana, 105-152.
- Przeworski, Adam/Michael Alvarez/José Antonio Cheibub/Fernando Limongi 1996, What Makes Democracies Endure?, in: *Journal of Democracy*, 7 (1), 39-55.
- Putnam, Robert D. 1988, Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: *International Organization* 42 (3), 427-460.
- Remmer, Karen L. 1991, New Wine or Old Bottlenecks? The Study of Latin American Democracy, in: *Comparative Politics*, 23, 479-495.
- Risse-Kappen, Thomas 1991, Public Opinion, Domestic Structures, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: *World Politics* 43 (4), 479-512.
- Risse-Kappen, Thomas 1995, Bringing transnational relations back in: introduction, in: Thomas Risse-Kappen (Hrsg.), *Bringing transnational relations back in. Non-state actors, domestic structures and international institutions*, Cambridge, 3-33.
- Risse-Kappen, Thomas 1995a, Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1), 171-184.
- Rittberger, Volker/Michael Zürn 1990, Towards regulated anarchy in East-West relations: causes and consequences of East-West regimes, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *International Regimes in East-West-Politics*, London/New York, 9-63.
- Rittberger, Volker 1993, Research on International Regimes in Germany. The Adaptive Internalization of an American Social Science Concept, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 3-22.
- Rittberger, Volker 1994, *Internationale Organisationen. Politik und Geschichte*, Opladen.
- Robertson, Lawrence R. 1997, The constructed nature of ethnopolitics, in: *International Politics*, 34 (3), 265-283.
- Ropers, Norbert/Peter Schlotter 1989, Regimeanalyse und KSZE-Prozeß, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 315-342.

- Rüb, Friedbert W. 1996, Zur Funktion und Bedeutung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung, in: Merkel, Wolfgang/Eberhard Sandschneider/Dieter Segert (Hrsg.), Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen, 37-72.
- Sapper, Manfred 1997, Konflikte in der Transformation Osteuropas: Zur Spezifik der Konfliktkonstellation und Konfliktkultur, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Jahrbuch 1996/97, Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation, 323-332.
- Scharpf, Fritz W. 1989, Decision Rules, Decision Styles and Political Choices, in: Journal of Theoretical Politics 1, 149-176.
- Schieder, Theodor 1991, Nationalismus und Nationalstaat, Göttingen.
- Schissler, Jakob 1980, Symbolische Sicherheitspolitik. Die Bedeutung der KSZE-Schlußakte für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, München.
- Schlichting, Ursel 1994, Möglichkeiten und Grenzen der (nichtmilitärischen) Konfliktbearbeitung in Nationalitätenkonflikten am Beispiel der georgisch-abchasischen Auseinandersetzungen. Stellungnahme für die Öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, 215-239.
- Schlichting, Ursel 1995, Armenien, in: Hans-Joachim Gießmann/Ursel Schlichting (Hrsg.), Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten, Fakten, Analysen, Baden-Baden, 23-33 (ebd. die Kapitel: Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldowa, Russische Föderation, Ukraine).
- Schlotter, Peter 1982, Die Ost-West-Beziehungen als pluralistisches Sicherheitssystem, in: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Europa zwischen Konfrontation und Kooperation. Entspannungspolitik für die achtziger Jahre, Frankfurt/M./New York, 37-61.
- Schlotter, Peter 1996, Von der KSZE zur OSZE: Marginalisierung oder neue Aufgaben?, in: Hanne-Margret Birckenbach/Uli Jäger/Christian Wellmann (Hrsg.), Jahrbuch Frieden 1996, München, 111-124.
- Schlotter, Peter 1997, Die KSZE im Ost-West-Konflikt 1972 - 1990. Ein Beitrag zur Wirkungsanalyse einer internationalen Institution, Frankfurt/M. (unveröff. Habilitationsschrift an der Technischen Hochschule Darmstadt).
- Schmitter, Philippe C. 1994, Dangers and Dilemmas of Democracy, in: Journal of Democracy, 5 (2), 57-74.
- Schmitter, Philippe C. 1995, Von der Autokratie zur Demokratie. Zwölf Überlegungen zur politischen Transformation, in: Internationale Politik, 50 (6), 47-52.
- Schoch, Bruno 1992, Nach Straßburg oder nach Sarajewo? Zum Nationalismus in postkommunistischen Übergangsgesellschaften, Frankfurt/M. (HSFK-Report 6/1992).
- Schödl, Günter 1993, Die Dauer des Nationalen. Zur Entwicklungsgeschichte des 'neuen' Nationalismus im östlichen Europa, in: Heinrich August Winkler/Hartmut Kaelbe (Hrsg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Stuttgart, 123-155.
- Schöpflin, George 1993, Hungary and its Neighbours, Paris (Chaillot Papers 7).

- Schöpflin, George 1997, Ethnische Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Das Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft und Ethnie, in: *Internationale Politik*, 52 (10), 5-10.
- Segert, Dieter/Csilla Machos 1995, Parteien in Osteuropa, Opladen.
- Segert, Dieter 1997, Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas, in: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.), *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß*, Opladen, 57-99.
- Senghaas, Dieter 1990, *Europa 2000. Ein Friedensplan*, Frankfurt/M.
- Shaw, M. N. 1992, The Definition of Minorities in International Law, in: Yoram Dinstein/Mala Tabory (Hrsg.), *The Protection of Minorities and Human Rights*, Dordrecht, 1-31.
- Staack, Michael (Hrsg.) 1992, *Aufbruch nach Gesamteuropa. Die KSZE nach der Wende im Osten*, Münster.
- Stoel, Max van der 1993, Key-Note Address of Mr. Max van der Stoel, CSCE High Commissioner on National Minorities to the Human Dimension Seminar on National Minorities Issues: Positive Results, Warsaw, 24 - 28 May 1993, in: *CSCE ODIHR Bulletin* 1 (3), 22-25.
- Stoel, Max van der 1997, Demokratie und Menschenrechte. Zur Arbeit des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten der OSZE (Rede vor dem IFSH am 17. März 1997), in: *Hamburger Vorträge am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* 3/1997.
- Strange, Susan 1982, Cave! hic dragones: a critique of regime analysis, in: *International Organization* 36 (2), 479-496.
- Tscherner, von Benedikt/Linus von Castelmur 1996, Die Arbeiten an einem europäischen Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, in: *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1996*, Baden-Baden, 237-251.
- Tudyka, Kurt P. 1996, Die Einstellungen der Länder gegenüber der OSZE, in: *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1996*, Baden-Baden, 79-86.
- Tudyka, Kurt P. 1997, *Das OSZE Handbuch. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok*, Opladen.
- Valenzuela, J. Samuel 1992, Democratic Consolidation in Post-Transitional Settings: Notion, Process, and Facilitating Conditions, in: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hrsg.) 1992, *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*, Notre Dame/Indiana, 57-104.
- Waldrauch, Harald 1994: Theoretische Erklärungsansätze der Transformationsprozesse der kommunistischen Länder Ost-Europas (1988-1990), in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23 (4), 433-445.
- Wallner, Jörg 1995, Das Open-Skies-Regime, in: *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995*, Baden-Baden, 321-330.
- Weber, Max 1972, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5., rev. Aufl., Tübingen.

- Welsh, Helga A. 1994, Political Transition Processes in Central and Eastern Europe, in: *Comparative Politics*, 26 (4), 379-394.
- Wendt, Alexander 1994, Collective Identity Formation and the International State, in: *American Political Science Review* 88 (2), 384-396.
- Winderl, Thomas 1994, Elitenwechsel in Ost-Europa. Versuch einer Typologie, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23 (4), 381-393.
- Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael 1986, "International Regimes" und Theorien der Internationalen Politik, in: *Politische Vierteljahresschrift* 27 (2), 201-221.
- Young, Oran R. 1986, International Regimes: Towards a New Theory of Institutions, in: *World Politics* 39 (1), 104-122.
- Young, Oran R. 1989, The Politics of International Regime Formation: Managing Natural Resources and the Environment, in: *International Organization* 43 (3), 349-376.
- Young, Oran R. 1991, Political Leadership and Regime Formation: On the Development of Institutions in International Society, in: *International Organization* 45 (3), 281-308.
- Young, Oran R. 1994, *International Governance: Protecting the Environment in a Stateless Society*, Ithaca.
- Zaagman, Rob 1994, The CSCE High Commissioner on National Minorities: An Analysis of the Mandate and the Institutional Context, in: Arie Bloed (Hrsg.), *The Challenges of Change. The Helsinki Summit of the CSCE and its Aftermath*, Dordrecht, 113-175.
- Zangl, Bernhard 1994, Politik auf zwei Ebenen. Hypothesen zur Bildung internationaler Regime, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2), 279-312.
- Zangl, Bernhard 1995, Der Ansatz der Zwei-Ebenen-Spiele. Eine Brücke zwischen dem Neoinstitutionalismus und seinen KritikerInnen?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (2), 393-416.
- Zangl, Bernhard/Michael Zürn 1996, Argumentatives Handeln bei internationalen Verhandlungen. Moderate Anmerkungen zur post-realistischen Debatte, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (2), 341-366.
- Zellner, Wolfgang 1993, Ungarns Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Westorientierung und regionalen Risiken in Mittel- und Südosteuropa, Hamburg (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 80).
- Zellner, Wolfgang/Pál Dunay 1995, Die Außenpolitik Ungarns im ersten Jahr der Regierung Horn, in: *Südosteuropa* 44 (11-12), 1-27.
- Zellner, Wolfgang/Pál Dunay 1998, Ungarns Außenpolitik von 1990 bis 1997. Zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik., Baden-Baden.
- Zürn, Michael 1990, Intra-German trade: an early East-West regime, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *International Regimes in East-West-Politics*, London/New York, 151-187.
- Zürn, Michael 1993, Bringing the Second Image (Back) In: About the domestic Sources of Regime Formation, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 282-311.